

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383
Kassierer: E. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 7. März 1931

35. Jahrgang

Nummer 10

Der Kampf um den Tarifvertrag

20 Prozent Lohnabbau oder Entlassung. Die Lehren eines Lohnkonfliktes

Ein sehr lehrreiches Kapitel für die Tarifkämpfe, die die Gewerkschaften gegenwärtig zu führen haben, bilden die Vorgänge, die sich kürzlich in der Hüttenindustrie zu Ruhrort-Weidrich abspielten. Die dortige Werksverwaltung teilte ihren Belegschaftsmitgliedern mit, daß ein Lohnabbau von 20 Prozent notwendig sei, andernfalls das Werk stillgelegt würde.

In den Verhandlungen lehnten die Gewerkschaften die Forderungen der Unternehmer entschieden ab. Ein Nachgeben hätte nämlich nicht nur eine ungeheure wirtschaftliche Härte für die betroffenen Belegschaftsmitglieder bedeutet. Ein Lohnabbau von solchem Ausmaß mußte vielmehr unübersehbare Folgen für die Lohnverhältnisse in der ganzen Hüttenindustrie nach sich ziehen. Sehr wahrscheinlich wären bald andere Werksverwaltungen mit den gleichen Forderungen hervorgetreten. Auf diese Weise hätte man den ganzen Lohnarbeit in der Hüttenindustrie durchbrochen und einen sinnlosen Wettbewerb auf Kosten der Arbeiterschaft herbeigeführt. Abgesehen von diesen wirtschaftlichen und sozialen Erwägungen konnten die Gewerkschaften aber auch aus rechtlichen Gründen nur einen ablehnenden Standpunkt einnehmen. Ein Entgegenkommen hätte nämlich bedingt, daß man den geltenden Tarifvertrag abänderte. Die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages während einer bestimmten Laufzeit kann aber auf diese Weise nicht erschüttert werden. Denn wo sind die Unternehmer, die in Zeiten einer unvorhergesehenen günstigen Konjunktur für die Abkürzung des laufenden Tarifvertrages waren, um Lohnerhöhungen vorzunehmen? Kurzum, eine Reihe von weittragenden und tiefgründigen Erwägungen veranlaßte die Gewerkschaftsvertreter, die Forderung der Unternehmer abzulehnen, selbst auf die Gefahr hin, daß das Werk wirklich stillgelegt würde.

Erfreulicherweise billigte die Belegschaft diesen gewerkschaftlichen Standpunkt. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Dieses Sprichwort mag die meisten Belegschaftsmitglieder veranlaßt haben, in der geheimen Abstimmung gegen den 20prozentigen Lohnabbau zu stimmen und eine eventuelle Stilllegung in Kauf zu nehmen. Es waren circa 1/4 der Werksangehörigen, die sich in diesem Sinne entschieden. Als die Werksverwaltung daraufhin die Stilllegung des Werkes ankündigte, änderte sich die Situation. Oberbürgermeister Dr. Jarres aus Duisburg fühlte sich dazu berufen, durch eine neue Abstimmung die Werksstilllegung unter allen Umständen zu verhindern. Bei dieser neuen Abstimmung befragte man eigenartigerweise nicht nur die Beschäftigten, sondern auch die arbeitslosen Belegschaftsmitglieder. Das Ergebnis dieser zweiten Abstimmung war, daß sich von 8165 Personen 4927 für einen Lohnabbau von 20 Prozent ausgesprochen haben sollen. Mehr als die Hälfte der befragten Personen zeigte demnach den Willen, im Interesse einer Weiterbeschäftigung 1/4 Lohnkürzung hinzunehmen. Das Werk wurde trotzdem stillgelegt, weil die gewerkschaftlich organisierten Qualitäts- und Facharbeiter standhaft blieben und die Gewerkschaften außerdem mit einer Klage wegen Tarifbruchs drohten.

Welche Lehren ergeben sich aus diesen Ereignissen? 4927 Arbeitnehmer stimmen freiwillig für einen 20prozentigen Lohnabbau, 4927 Arbeiter befolgen nicht die Parole der Gewerkschaften, sondern fügen sich bedingungslos dem Willen der Unternehmer. Wirtschaftliche Not und Selbsterhaltungstrieb mögen diesen Verzweiflungskampf um den Arbeitsplatz ausgelöst haben. Vom persönlichen, menschlichen Standpunkt mag diese Haltung noch verständlich sein. Aber im Hinblick auf seine Folgewirkungen bleibt ein derartiges Verhalten kurzfristig und unsozial. Denn genau wie ein Schneeball im Hochgebirge eine mächtige Lawine mit verheerender Wirkung auslösen kann, so mußte ein Nachgeben in Ruhrort-Weidrich zu unübersehbaren Folgen für das Tarifvertragsystem und die gesamte Arbeiterschaft führen. Darum ist und bleibt die Stellung der Metallarbeiterverbände richtig und konsequent. Die Unternehmer haben zu derartigen Forderungen gar kein Recht; denn nachdem sie trotz der Krise ganz stark an ihren Kartell- und Syndikatsverträgen und damit an einer künstlichen Preisgestaltung festhalten, können die Arbeitnehmer unter keinen Umständen sich die Sicherungen nehmen lassen, die ihnen der Tarifvertrag heute noch gewährt. Wenn sich trotzdem viele Arbeiter in Gegensatz zu den Gewerkschaften gestellt haben, dann zeigt diese Tatsache sehr drastisch, wie es vielerorts mit dem Abwehr- und Kampfeswillen der unorganisierten Arbeiterchaft bestellt ist. Hätten wir nicht die Tarifverträge und die Gewerkschaftsmacht, dann hätte sich die Lohnabbauwelle in Deutschland längst zur sozialen Katastrophe ausgewirkt. Daraus ergibt sich, daß mehr denn je die Erhaltung und Stärkung der gewerkschaftlichen Einheit und Kampfkraft notwendig ist. Denn dieser Belastung werden zweifellos neue Kräfte folgen, da ja das Bestreben der Unternehmer schon lange auf eine Vereinfachung bzw. Voderung des Tarifsystems gerichtet ist. Diese Belastungsproben können die Gewerkschaften erfolgreich aber nur bestehen, wenn sich die Arbeiter einmütig und geschlossen hinter sie stellen. Inwieweit die Arbeitnehmer dieses Gebot der Stunde erkennen, werden auch die nächsten Betriebsratwahlen zeigen müssen.

Sehr lehrreich und beachtenswert sind vor allem auch die ungeheuerlichen Angriffe, die die bürgerliche Presse in diesem Zusammenhang gegen die Gewerkschaften richtet. So schrieb beispielsweise die „Berliner Börsenzeitung“: „Für sie (die Gewerkschaften) handelte es sich lediglich um eine politische Machtfrage, um kurzfristige Wahrung eines dem Staate abgezwungenen politischen Lohnarbeits-Rechts“, um ein Prinzip des Klassenkampfes, an dem sie nicht rütteln ließen, möchten darüber auch 8000 Arbeiter vor die Hunde gehen.“ In ähnlichem Sinne äußerte sich die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, indem sie schrieb: „In ihrer Prinzipienreiterei besitzen von einem Machtwillen, den sittlich zu begründen nicht nur unmöglich ist, verharteten die Gewerkschaften auf ihrem Standpunkt. Sie klammerten sich an den Buchstaben des Tarifvertrages und bestanden auf ihrem formalen Recht so hartnäckig wie Sphylod auf seinem Schein.“

Zu diesen eigenartigen Werturteilen kommt die bürgerliche Presse nur, weil die ganzen Darlegungen bewußt oder unbewußt auf dem Fehlgedanken beruhen, daß es sich hier um eine rein örtliche Angelegenheit handelt. Man will nicht sehen, daß in diesem Falle ein grundsätzlicher und sehr weittragender Kampf um das Tarifvertragsystem ausgefochten wurde und daß die Gewerkschaften nicht anders handeln konnten, soll die Arbeiterschaft keinen wirtschaftlichen Selbstmord begehen. Die ganze Stimmungsmache und Kritik gegen die Gewerkschaften kann daher nur den demagogischen Zweck verfolgen, die Unwissenheit von Fernstehenden zu einer Hetzkampagne gegen die Gewerkschaften auszunutzen. Um so notwendiger ist es, daß jedes Gewerkschaftsmitglied das Keßeltreiben der Rechts- und Linksboldschweiften gegen die Gewerkschaften erkennt und mit aller Entschiedenheit zurückweist.

Die Gegenfronten

bei den diesjährigen Betriebsratwahlen

Die Betriebsratbewegung ist mehr als 10 Jahre alt. Die Einrichtung der Betriebsräte hat sich im Wirtschaftsleben Deutschlands und auch in andern Ländern eingebürgert. Deshalb spricht man wenig von ihnen. Selbst die Unternehmer haben sich, wenn auch widerwillig mit den Betriebsräten abgefunden. Dort, wo tüchtige Funktionäre zu diesem Amt berufen sind, klappert die Sache vorzüglich. Es gibt eine große Anzahl von Betrieben, wo die Betriebsräte sich derartig eingearbeitet haben, daß auch nicht ein Arbeiter diese Einrichtung missen möchte. Daß das Betriebsratgesetz nicht vollauf unseren Wünschen entspricht, braucht nicht auseinanderzusetzen zu werden. Die Betriebsratwahlen erhalten in diesem Jahre eine besondere Bedeutung, weil neue Momente bei der Betriebsratwahl in Erscheinung treten. Bisher gab es fast nur die Listen der anerkannten Gewerkschaften. In den letzten Jahren hat die sogenannte „Opposition“ hier und da Gegenlisten aufgestellt. Dort wo die Organisation schlecht ist, wagten sich schon mal die unorganisierten oder Gelben mit einer eigenen Liste hervor. In diesem Jahre gibt es Listen unter der Bezeichnung „Nationalsozialisten“. Die Nationalsozialisten werden 1931 zum ersten Male als eine geschlossene Gruppe bei den Betriebsratwahlen auftreten. Schon Wochen hindurch sind Vorbereitungen hierzu getroffen worden. In den bekannten Rundschreiben der NS wird mit aller Deutlichkeit das Bestreben bei der Funktionstätigkeit herausgestellt. Die NS bejahen den Betriebsratgedanken. Sie stellen das Betriebsratgesetz bewußt in den Dienst ihrer Arbeit. Die NS-Betriebsräte sollen das Rückgrat der zukünftigen Arbeit in den Betrieben bilden. Wenn wir auch davon überzeugt sind, daß vieles von dem Geschreibsel zur Betriebsratwahl nur auf Dummenfang bei den Arbeitern und Angestellten berechnet ist, so dürften wir uns doch darüber klar sein, daß eine eifrige Vorbereitung zu den Wahlen getroffen wurde.

Hier macht sich zum erstenmal eine Gefahr breit, die nicht energig genug bekämpft werden kann. Halten wir fest, was die Nationalsozialisten wollen. In den Richtlinien heißt es u. a.:

„Die NSDAP sieht in der nunmehr angestrebten Betriebszellenorganisation die Grundlage, von der aus zu gegebener Zeit die Schaffung nationalsozialistischer Berufsgewerkschaften in Angriff genommen werden kann.“

Das Entstehen einer neuen Gewerkschaftsrichtung wird hier als naheliegender hingestellt. Nehmen wir diesen Umstand nicht auf die leichte Schulter! Die politischen Vorgänge haben uns sehr unliebsame Uebererraschungen gebracht. Die Arbeiterschaft muß also in diesem Jahre gegen einen neuen geschlossenen anrückenden Feind zu Felde ziehen. Es bedarf der Anstrengung eines jeden Arbeiters und Angestellten, um dieser Bewegung bereits im Keim zu unterdrücken.

Neben den Nationalsozialisten werden die berufsmächtigen Spalter, die Kommunisten, bei den diesjährigen Betriebsratwahlen mit eigenen Listen nicht fehlen. Ja, die Wirtschaftslage und das Elend der Arbeiterschaft wird sie anspornen, gerade in diesem Jahre aktiv zu sein. Auch diese Sorte Gegner muß durch kühle überlegene Taktik in Schach gehalten werden. In dem offiziellen Aufruf haben die Spitzenverbände der Gewerkschaften darauf hingewiesen, daß die diesjährigen Wahlen eine praktische Probe für die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung sein sollen. Kein Mitglied des DGB oder des Afa-Bundes darf sich als Kandidat auf eine Gegenliste aufstellen lassen. Tut er dies doch, so hat er sich zu vergegenwärtigen, daß er aus seiner gewerkschaftlichen Organisation hinausfliegt. Es ist vielen alten Mitgliedern bitter aufgefallen, ihre wohlverdienten Rechte durch eine solche Handlung zu verlieren. De- und wehmütig sind sie später gekommen, um wieder als Mitglied aufgenommen zu werden. Einen solchen Kanossengang kann sich jeder ersparen. Die Betriebsratwahl 1931 fällt in eine schwierige Zeit. Massenarbeitslosigkeit drückt auf den Seelenzustand der Arbeiter und Angestellten, die noch im Betriebe stehen. Der Mut zu eigener und fremder Interessensvertretung ist teilweise sehr gering. Dennoch darf die Arbeiterschaft den Kopf nicht soweit hängen lassen, um die Betriebsratwahlen zu vernachlässigen. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Tätigkeit der Betriebsräte noch niemals von so außerordentlicher Bedeutung war wie in der nächsten Zeit. Sie haben manche Entlassung verhindert; sie waren bei der Kürzung der Arbeitszeit bedeutungsvolle Faktoren; sie werden eine Krielenaufgabe zu erfüllen haben, wenn das Räderwerk der Wirtschaft sich einmal wieder schneller zu drehen beginnt und Arbeiter und Angestellte wieder in die Betriebe kommen. Unsere Leser werden verstehen, welche Fragenkomplexe sich in diesen wenigen Worten wieder spiegeln. Möge deshalb ein jeder Kollege ans Werk gehen, damit eine Betriebsvertretung zustande kommt, die diesen schwierigen Arbeiten gewachsen ist.

Was kostet die Bürokratie der Unternehmerverbände?

Zuweilen begegnet man in der Öffentlichkeit Mutmaßungen und boshaften Behauptungen über die Verwaltungskosten der Gewerkschaften. Naturgemäß geschieht dies in der Absicht, die Gewerkschaften in dem Ansehen ihrer Mitglieder herunterzusetzen und ihre Werbefähigkeit zu verringern. Mäusenstil ist aber die Unternehmerpresse über die ungeheuren Verwaltungsausgaben, die die große Zahl der Unternehmerverbände verursacht. Bei der Gegenüberstellung der Gewerkschaften mit den Unternehmerverbänden muß noch berücksichtigt werden, daß erstere seit der Vorkriegszeit einen Wandel nach der Richtung, gleichartige Interessen zusammenzufassen, durchgemacht haben. Die Zahl der Gewerkschaftsverbände wurde um die Hälfte verringert, wodurch die innere Organisation der Gewerkschaften wesentlich vereinfacht wurde. Bei den Unternehmerverbänden ist die Mehrzahl erst im und nach dem Kriege entstanden, wie überhaupt das Organisationswesen der Unternehmer im letzten Jahrzehnt ganz gewaltig ausgebaut wurde. In welchem Maße die Organisationsmacht der Unternehmer wuchs, geht aus folgenden vergleichenden Zahlen hervor: Anfang 1914 bestanden in Deutschland an Unternehmerverbänden 121 Reichsverbände und 509 Landes- und Bezirksverbände. Dagegen 1930 1467 Reichsverbände, 1559 angeschlossene Bezirksverbände und 598 selbständig berichtende Landesverbände. Die Zahl der Reichsverbände hat sich mithin in den 16 Jahren vervielfacht und die Zahl der Landes- und Bezirksverbände mehr als verdreifacht. Die Ortsverbände werden vom Statistischen Reichsamt nicht mehr gezählt. Vor dem Kriege bestanden 3040 Ortsverbände; jetzt wird deren Zahl ebenfalls sehr angewachsen sein. Hat doch allein die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände 2900 Ortsverbände, also genau so viel als 1914 in dem gesamten Organisationsbereich der Unternehmerverbände vorhanden waren. Zu den obigen Verbänden muß man die Verbände der Kartelle und Syndikate, die Industrie- und Handelskammern und andere Vereinigungen, die durch das Statistische Reichsamt nicht erfasst und im Jahrbuch der Berufsverbände nicht aufgeführt wurden, hinzurechnen. Vor einigen Jahren schätzte man die Zahl der kartellartigen Gebilde auf 2500 bis 3000. Diese Zahlen reden eine sehr deutliche Sprache. Eine schlagfertige, einen großen Kostenaufwand verursachende Bürokratie regiert mehr oder weniger das deutsche Wirtschaftsleben.

Leider hat die Öffentlichkeit gar keinen Einblick, in welchem Maße die Volkswirtschaft durch diese Unternehmerbürokratie kostenmäßig belastet wird. Sicher ist es nur, daß die Herren Syndikusse und Sekretäre der Unternehmerverbände hohe Gehälter bekommen. Doch hierüber kann man nur Vermutungen aussprechen, weil Zahlen darüber selten veröffentlicht werden. Die Gewerkschaftsverbände arbeiten mit offenen Karten, so daß sowohl ihre Mitglieder als auch die Öffentlichkeit ein genaues Bild darüber haben, in welcher Höhe die besoldeten Gewerkschaftsfunktionäre bezahlt werden.

In einem Beispiel mag einmal klargestellt werden, welche Kosten Unternehmerverbände verursachen. Da ist z. B. der Verband Deutscher Schokoladenfabrikanten mit dem Sitz in Dresden. Dieser hat nach der Fachzeitung der Schokoladenindustrie „Gordian“ 110 Mitglieder. Als Beitrag für den Verband muß jedes Mitglied für je 100 Kilogramm des im vorangegangenen Kalenderjahre verzollten und verzollt gefausten Rohkakaos einschließlich Kakaomasse und Kakaobutter 35 Pfennig bezahlen. In der Annahme, daß die Verbandsmitglieder des Verbandes Deutscher Schokoladenfabrikanten alljährlich zwischen der Hälfte und drei Fünfteln der in Deutschland eingeführten Rohkakaomengen verarbeitet haben, ergibt sich ein Mitgliederbeitrag im Geschäftsjahr 1929/30 in Höhe von 130 000 bis 160 000 Mark. Um diese Summe könnte das Fertigprodukt verbilligt werden, wenn diese Mitgliederbeiträge nicht geleistet zu werden brauchen, und die Produktion dadurch nicht belastet würde. Daneben gehören die Schokoladenfabrikanten noch andern Fachverbänden und den allgemeinen Spitzenverbänden an, so daß eine noch höhere Summe in Rechnung gestellt werden muß. Man kann sich darüber klar sein, daß diese Verbandsbeiträge im Produktionsprozeß einkalkuliert und schließlich von den Verbrauchern bezahlt werden müssen.

Gerade bezüglich des angeführten Verbandes ist ein interessanter Vergleich möglich. Als der verstorbene Außenminister Stresemann seine Tätigkeit in der Industrie begann, wurde er Geschäftsführer im Verband Deutscher Schokoladenfabrikanten. Aus dem Buche des Freiherrn von Rheinbaben: „Stresemann, Der Mensch und der Staatsmann“ erfahren wir, daß dieser in seiner ersten Tätigkeit 1901 ein Jahresgehalt von 1000 Mark, zahlbar in vierteljährlichen Raten bekam. Er bezog also das „fürstliche“ Gehalt von rund 80 Mark im Monat. Der heutige Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Schokoladenfabrikanten bezieht nach dem Buche „Gordian“ ein Jahresgehalt von insgesamt 45 000 Mark. Mithin wird der heutige Geschäftsführer 45mal höher bezahlt als sein Vorgänger vor 30 Jahren. Ueber das Büro des Herrn Stresemann lesen wir in dem angezogenen Buche u. a. folgendes: „Der Kosten des Geschäftsführers war dadurch gekennzeichnet, daß die gesamte Geschäftsführung in einem kleinen Raum untergebracht war, in dem die Bürde des leitenden Beamten durch einen Wandschirm betont wurde.“ Heute ist das Büro dieses Verbandes natürlich in einem repräsentablen Gebäude untergebracht. So haben sich die Zeiten geändert.

Wenn man dieses Beispiel zur Unterlage nimmt und es auf die gesamten Organisationen der Unternehmerverbände anwendet, so bekommt man ungefähr einen Ueberblick, in welcher Schwere die Verbandsbürokratie der Unternehmer die Volkswirtschaft belastet. Ein Vergleich zwischen den Riesengehältern der Unternehmerverbände und den Einkommen der Gewerkschaftsbeamten würde zu interessanten Ergebnissen führen. Man beachte, daß Reichsminister und Landesminister ein festes Gehalt von 36 000 Mark beziehen. Wenn schon ein Syndikus eines so kleinen Verbandes ein wesentlich höheres Einkommen hat, so kann man sich ungefähr vorstellen, wie

Hoch das Einkommen der leitenden Personen in größeren Verbänden ist. Nehmen wir an, daß bei den heute bestehenden 1476 Reichsverbänden der Unternehmer im Durchschnitt drei hauptamtlich angestellte Personen vorhanden sind, so kommt man zu der Zahl von 4328. Nehmen wir ferner an, daß die 1559 angeschlossenen Bezirksverbände und die 598 selbständigen Landesverbände eine Person hauptamtlich beschäftigen, so kommt man auf die Zahl von 2157. Das ergäbe zusammen 6485 leitend angestellte Personen in den Unternehmerverbänden, wie sie im Jahrbuch der Berufsverbände angeführt sind. In der Annahme, daß jeder dieser Herren im Durchschnitt 30 000 Mark bezieht, so ergibt sich eine Schätzung von rund 195 Millionen, die als Gehalt für die Organisationsführer der Unternehmerverbände aufgewandt werden. Nicht berücksichtigt sind die Kosten der Hilfskräfte und des sonstigen Aufwandes, die eine solche Geschäftsführung verursachen. Wenn man einmal genaue Unterlagen bekommen würde, so würde zweifellos die Deffektivität erstaunen über die riesenhaften Beträge, die für die Unternehmerbürokratie ihre Verwendung finden.

Das deutsche Wirtschaftsleben wird von einer heftigen Krise heimgejagt. Man hat allenthalben abgebaut. Die Zahl der abgebauten Arbeiter und Angestellten zählt nach Millionen. Von einem Abbau des kostenverschlingenden Organisationsapparates der Unternehmer hat man noch nichts gehört. Wir sind überzeugt davon, daß hier Riesensummen gespart werden können. Es ist notwendig, dies einmal laut und deutlich in der Öffentlichkeit zu betonen. Hier ist unseres Erachtens nach eine Einsparungsmöglichkeit, die keinen wirtschaftlichen Schaden verursacht, sondern der gesamten Volkswirtschaft nur zum Segen gereichen würde. Statt dessen hört und sieht man nur etwas von den Lasten für Steuern und soziale Zwecke. Dies wird man erst dann würdigen, wenn die Unternehmer ihren riesenhaft aufgeblähten Organisationsapparat abzubauen beginnen.

Notwendige gesetzliche Änderungen des Betriebsrätegesetzes

Die Vorstände des ADGB und AFA-Bundes haben sich gezwungen gesehen, die nachstehend wiedergegebenen Forderungen zur Änderung des Betriebsrätegesetzes zu erheben:

Der § 87 erhält folgenden Absatz 4:
„Durch die Zuerkennung des Entschädigungsanspruchs nach Abs. 1 wird die Geltendmachung anderer arbeitsvertraglicher Ansprüche nicht ausgeschlossen.“

§ 96 Abs. 2 Ziff. 2 erhält folgende Fassung:
„... bei Entlassungen, die durch gänzliche und dauernde Stilllegung des Betriebes erforderlich sind.“

Der § 96 Abs. 2 Ziff. 3 erhält folgenden Zusatz:
„Nicht als Grund zur fristlosen Kündigung eines Betriebsvertretungsmitgliedes gilt dauernde Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit. § 97 gilt in solchen Fällen mit der Maßgabe, daß das Arbeitsgericht entscheidet, ob die weitere Aufrechterhaltung des Arbeitsverhältnisses aus betrieblichen Gründen nicht mehr zumutbar ist.“

Folgender Absatz 5 ist neu anzufügen:
„Betriebsvertretungsmitglieder, deren Arbeitsverhältnis lediglich aus Anlaß eines Streits oder einer Aussperrung gekündigt worden ist, sind nach Beendigung des Streits oder der Aussperrung wieder einzustellen.“

Zu § 97:
In Satz 3 ist einzufügen zwischen die Worte „bis zur“ und „Entscheidung“ das Wort „rechtskräftigen“.

Diese Forderungen sind inzwischen von der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands durch Antrag N. 723 am 6. Februar 1931 im Reichstag eingebracht worden.

Im Grunde genommen handelt es sich eigentlich gar nicht um Änderungen des Betriebsrätegesetzes, sondern vielmehr in der Hauptsache um die Wiederherstellung des Sinnes und der Bedeutung von Bestimmungen im Betriebsrätegesetz und im Arbeitsgerichtsgesetz, die durch die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts gewissermaßen ausgeschaltet worden sind.

Die Forderung zu § 87 BGG ist nur dadurch notwendig geworden, daß das Reichsarbeitsgericht entgegen der auch heute noch herrschenden Meinung in der arbeitsrechtlichen Wissenschaft und bei den unteren Instanzen der Arbeitsgerichtsbehörden, vollkommen allein stehend, aber in ständiger Rechtsprechung die Ansicht vertritt, daß ein fristlos entlassener Arbeiter wählen müsse, ob er den Lohn für die Dauer der Kündigungsfrist oder die Entschädigung aus den Paragraphen 84 ff. des Betriebsrätegesetzes erstreiten wolle. Beide Ansprüche nebeneinander könnten nicht erfüllt werden. Der eine Anspruch würde den anderen konsumieren. Niemand außer dem Reichsarbeitsgericht hat diese vollkommen abwegige Ansicht bisher vertreten. Da das Reichsarbeitsgericht seine

Messung nicht ändern will, ist die Wiederherstellung eines noch bestehenden Gesetzes durch ein neues Gesetz notwendig geworden. Dasselbe gilt von der Forderung zu § 97 des Betriebsrätegesetzes. Hier bestimmt der § 85 Abs. 3 des Arbeitsgerichtsgesetzes, daß die Rechtsbeschwerde aufhebende Wirkung hat. Durch diese Bestimmung wollte der Gesetzgeber die Betriebsvertretungsmitglieder weitgehend vor Entlassungen sichern als sich dies allein aus dem Betriebsrätegesetz ergibt. In ständiger Rechtsprechung entscheidet aber das Reichsarbeitsgericht, daß die aufhebende Wirkung nur einen Schwebestand bedeutet; wenn die Rechtsbeschwerdeinstanz der Auffassung der ersten Instanz beitrifft, dann soll die Entlassung eines Betriebsvertretungsmitgliedes mit dem Tage der Entscheidung der ersten Instanz rechtskräftig sein. Durch diese Ansicht des Reichsarbeitsgerichts hat die vorstehend wiedergegebene Bestimmung in § 85 Abs. 3 des Arbeitsgerichtsgesetzes vollkommen jeden Sinn verloren. Diesen Sinn wieder herzustellen, ist der Zweck der erhobenen Forderung.

Die übrigen erhobenen Forderungen sollen der Maßregelung von Betriebsvertretungsmitgliedern entgegenwirken. Es soll für den Arbeitgeber unmöglich sein, durch Teilkündigungen oder Scheinkündigungen gerade die Betriebsvertretungsmitglieder entlassen zu können. Auf Grund der gegenwärtigen Gesetzesbestimmungen können die Arbeitgeber derartige Verläufe immer wieder unternehmen, auf die Rechtsprechung der Arbeitsgerichtsbehörden ist kein Verlaß. Die vorgeschlagene Gesetzesänderung soll hier Wandel schaffen. Außerdem ist es ein geradezu unhaltbarer Zustand geworden, daß Arbeitgeber eine längere Zeit dauernde Erkrankung eines Betriebsvertretungsmitgliedes zum Anlaß einer fristlosen Entlassung nehmen können, um auf diese Weise Betriebsvertretungsmitglieder, die mit den Betriebsverhältnissen besonders gut vertraut und damit für den Arbeitgeber lästig geworden sind, los zu werden. Die erhobene Forderung will diesem Unfug steuern. Um eine unzumutbare Belastung der Betriebe zu vermeiden, kann der Arbeitgeber nach wie vor bei der Betriebsvertretung die Zustimmung zur Entlassung eines derartigen Betriebsvertretungsmitgliedes beantragen, sowie, wenn er sie nicht erhält, einen Antrag auf Erziehung auf Erziehung an die Arbeitsgerichtsbehörden stellen oder er kann den noch einfacheren Weg wählen, das Arbeitsgericht unmittelbar anzurufen und zu beantragen, festzustellen, daß die weitere Aufrechterhaltung des Arbeitsverhältnisses aus betrieblichen Gründen nicht mehr zumutbar ist. Die erhobene Forderung hält sich dadurch in wirtschaftlich erträglichen Grenzen. Was verhindert werden soll, ist allein die Möglichkeit, eine längere Erkrankung eines Betriebsratsmitgliedes ohne weiteres als Grund zur fristlosen Entlassung auszunutzen.

Schließlich soll dieselbe Rechtslage, die nach § 13 Absatz 3 des Schwerbeschädigtengesetzes für Schwerbeschädigte nach Abschluß von Arbeitstämpfen gilt, auch für die Betriebsvertretungsmitglieder geschaffen werden. Einer weiteren Begründung dieses Teiles der Forderungen bedarf es deshalb nicht, weil allgemein bekannt ist, weshalb für Schwerbeschädigte dieser Schutz geschaffen worden ist. Die Gründe, die für die Schwerbeschädigten maßgebend waren, gelten ohne weiteres auch für Betriebsvertretungsmitglieder.

„Wirtschaftswunder“ Amerika

Der Börsenkrach auf der amerikanischen Effektenbörse im Jahre 1929 war das erste Signal einer neuen Wirtschaftskrise. Eine langandauernde Hochkonjunktur der Industrie hatte die Aktienkurve immer höher hinaufgetrieben bis dann schließlich der große Zusammenbruch kam. Die Vereinigten Staaten galten bis dahin bei allen Leuten als ein „Wirtschaftswunder“, es schien als ob Amerika immer Hochkonjunktur hat, niemals den vielen Krisen ausgesetzt wäre, die wir in unserem alten Europa erleben müssen. Ja, sagte man, das liegt eben daran, daß die Amerikaner einen Kapitalismus in Reinkultur haben, und reiner Kapitalismus heißt: Wohlstand für alle. Dort drüben gäbe es keine Gewerkschaften, eine soziale Arbeiterfrage bestünde überhaupt nicht, Amerika sei das Land der vielen Möglichkeiten, jeder könne dort etwas werden, jeder genug verdienen, niemand brauchte hungern. Ja, das mußte ein Leben sein.

Aber nur bis 1929! Was dann folgte, sah nicht mehr nach Wunder aus, sondern war eine ganz solide kapitalistische Wirtschaftskrise. Der Aktiensturz war der Anfang, wie auch bei uns so oft, und dann ging es los. Die Industrie folgte sehr schnell im Zusammenbruch der Börse. Innerhalb zweier Monate, von Oktober bis Dezember 1929, sank der von Saisonschwankungen bereinigte Produktionsindex der Vereinigten Staaten von 118 auf 99, also um mehr als 15 Prozent. Während des Jahres 1930 kam dann auch über Amerika die große Arbeitslosigkeit, für deren Ausmaß es aber keine genaue Zahlen, sondern nur Schätzungen gibt. 8 Millionen Arbeitslose soll es in den Vereinigten Staaten geben, aber man kann gewiß eine größere Zahl annehmen. Aber auch diese 8 Millionen sind für dieses Land zuviel. Der Präsident Hoover hat zunächst versucht, mittels einer großzügigen Arbeitsbeschaffung die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, aber vergebens. Die Straßen

und Brücken, die nun mit öffentlichen Mitteln gebaut werden, hätte man auch ohne Krise gebaut. So blieb es eben bei der Tatsache, daß die Arbeitslosen unterstützt werden müssen. Aber wie sieht diese Unterstützung aus? Voller Neid sieht man nach Deutschland, wo durch die Verfassung das Recht der unverschuldet arbeitslos gewordenen Arbeiter auf Unterstützung verankert ist. Man wundert sich in Amerika, daß zwar die Dividenden trotz Krise und Niedergang gekürzt und gewährleistet worden sind, daß der Arbeitslohn aber vom Gutdünken des Unternehmers abhängt und in der Krise ganz ausfällt.

Der alte Professor Sombart hat vor vielen Jahren einmal ein Buch geschrieben: „Warum gibt es in Amerika keinen Sozialismus?“ Die Antwort lautete dahin, daß der amerikanische Arbeiter infolge seines höheren Lebensstandards zufrieden lebt, und daß bei ihm deshalb das Aufkommen eines Klassengefühls ganz ausgeschlossen ist. Jetzt hört man das erstemal, daß ernste Zeitungen und Zeitungen vom Sozialismus, von Revolution und von der schlechten Organisation des kapitalistischen Systems sprechen. Die Amerikaner selbst sind es, die das Geschwätz vom „Wirtschaftswunder“ in Frage stellen und die nach Lösungen suchen, aus dem „Wunder“ herauszukommen.

Dazu kommt, daß der Reallohn überall abbröckelt! Der Staat New York, wo seither immer die höchsten Löhne gezahlt wurden, hat nach den letzten Feststellungen einen Durchschnittslohn im Jahre von 30 Dollar die Woche gezahlt, was bei den dortigen Lebensverhältnissen nicht sehr viel ist. Dabei muß man noch in New York stundenlang in der Bahn sitzen, um zur Arbeitsstelle zu gelangen. Wie schämt man sich nun in Amerika gegen Arbeitslosigkeit? Gewiß schämt man das schöne Wort „Vericherung“. Der amerikanische Arbeiter versichert sich selbst bei privaten Gesellschaften. Fast die ganze Nation ist versichert, so gibt es im ganzen 95 Millionen abgeschlossene Versicherungen. Aber die Durchschnittssumme beträgt leider nur 200 Dollar, was in Amerika gerade fürs Begräbnis reicht. Also damit ist nicht viel zu machen. Aber wie ist das doch, hat nicht jeder amerikanische Arbeiter ein eigenes Haus und Auto, kann er das nicht verkaufen und vom Erlös einige Zeit leben? Ach, wenn man schon ein Haus hat, dann kann man es jetzt nicht verkaufen, oder man bekommt soviel, daß man gerade 14 Tage davon leben kann.

So ist das große Arbeitslosenheer ganz auf Wohltätigkeit angewiesen. Der alte Bismarck würde seine Freude an diesen Zuständen haben, denn er war es doch, der sagte: die soziale Frage ist eine Frage der privaten Fürsorge und der christlichen Nächstenliebe. In Amerika scheitern also die guten, lieben Reichen den armen Arbeitslosen täglich eine kraftvolle Suppe und ein kleines Gericht. Auf vielen Straßen sind öffentliche Speiseanstalten, so fristen die Leute ihr Leben und merken nichts mehr vom Wunder. Eine feste Arbeitslosenunterstützung gibt es nicht, überhaupt wird Geld nur selten ausgezahlt, weil man die armen Schluder nicht in „Vericherung“ bringen will.

Man kann ganz gut annehmen, daß eine Besserung der allgemeinen Weltlage auch von Amerika ausgehen wird, ebenso wie diese Krise von dort ausging. Ist eine Besserung im USA zu merken? Im September wurde vorausgesagt, das Geschäft wird sich heben, im Oktober das gleiche. Im November gab man endlich zu, daß es leider anders gekommen ist, eine Verschlechterung trat ein. Man sagte auch nicht mehr voraus, ob es im Frühjahr wieder aufwärts gehe, man war im amerikanischen Konjunkturforschungsinstitut ebenso vorsichtig geworden als bei unserem. Dieses Institut hat aber einmal ganz klar ausgesprochen, was schuld an der Krise sei: Ueberproduktion infolge schlechter Organisation des Wirtschaftssystems und zweitens das Zurückbleiben der Löhne hinter der Produktion. Da mit dem Steigen der Produktion die Löhne nicht entsprechend stiegen, im Gegenteil die Reallohne heruntergingen, mußte man zu Produktionseinschränkungen greifen. Da die amerikanischen Unternehmer vernünftiger als die deutschen sind, setzten sie die Preise herab und taten damit das, was zur Anhebung unerlässlich ist. Ob es in einem ausreichenden Maße getan wurde, bleibt abzuwarten. Ferner aber gab man den Konsumenten ein gutes Lösungswort: Kaufe jetzt! Man drohte nämlich, daß bei einziehender Konjunktur die Preise wieder steigen werden. In der Schrotbranche hat man auf diese Weise wieder eine gewisse Belebung erzielt.

Eine andere Lösung ist die Kurzarbeit. Die Fünf-Tage-Woche Jords hat allgemeine Nachahmung gefunden. Die Eisenbahngewerkschaften haben eine Kampagne für den Sechs-Stunden-Tag begonnen. Aber die Ausichten für die Durchführung sind sehr gering, weil das den amerikanischen Jobbern doch zu weit geht. Aber immerhin steht man drüben der Kurzarbeit wohlgesinnter gegenüber als bei uns.

Besserung also kann von Amerika aus nicht versprochen werden. Vielleicht, daß die Belebung im Frühjahr eintritt. Jedenfalls das „Wunder“ Amerika ist dahin, es gibt auch für Amerika kein anderes Rezept als die sozialistische Wirtschaftsordnung. Werden die Herrschenden nicht nur Amerikas, sondern aller Länder das einsehen? Pl.

März

Der März ist wieder in der Welt, er braust und saust und stürmt und fällt mit Sang und Klang in unser Blut, gibt Schwingen den Menschen und neuen Mut, macht heller den Tag und freier den Sinn, wirft Blumen wie Teppiche vor uns hin. Und die Luft ist plötzlich so weich und so lau und die Welt ist so gut wie eine Frau, der wir uns geben mit tollem Mut. Und wir glauben an uns und an unseren Mut. Die Welt neu zu formen find wir bereit, vom Glauben erfüllt an eine Zeit, in der hell der Sinn und frei die Hand, die Erde der Freiheit Vaterland.

So kann nur der Frühling die Herzen betören; der mit Träumen und Wünschen die Menschen beglückt. Aber er ist es auch, der die Kräfte schäkt, die die dunklen Mächte der Welt zerstören. Und einst wird sie wirklich den Armen gehören mit all ihrem Licht und all ihrem Glüd. Und brächt auch ein Winter das Dunkel zurück, es folgte ein März doch hinterher, und legt von Schatten die Erde leer.

Erich Gripar.

Dichter des März

Es ist das unbestrittene Verdienst der literarischen Bewegung des „Jungen Deutschland“ im ersten Viertel des vorigen Jahrhunderts, deren wesentliche Vertreter Heinrich Heine, Börne, Laube, Gutzkow waren, den Boden für die nachfolgende Märzzeit aufgelockert zu haben. Freiheit in Politik, Religion und Gesellschaft war ihr Kampfruf, der wohl noch nicht die besondere Dringlichkeit einer revolutionären Erhebung in sich schloß, aber doch schon Herzen und Hirne der besten Geister der damaligen Zeit in Aufruhr brachte. Ihre literarischen Formen, in denen sich ihre Empörungen wider die Zeit und ihre Begeisterung für eine freibürgerliche Gesinnung entladen konnten, waren vornehmlich das Drama, der Roman und das zeitkritische Feuilleton, das besonders in Börne und Heine einen der ersten und unsterblichen Meister finden sollte. Da aber das „Junge Deutschland“ abgesehen von Heinrich Heine, letzten Endes doch mehr künstlerische, schönegeistige Ziele verfolgte, so war es erst die politische Dichtung in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, die vor allem die Lyrik, die zum Teil gelungen werden konnte und somit noch größere unmittelbare Wirkung hinterließ, zum Sprachrohr einer radikalen revolutionären politischen Tendenz werden ließ.

So Robert Bruch, Politiker, Redner und Dichter von besonderen Gnaben, den eine Anzahl prachtvoller satirischer und zeitkritischer Gedichte zum Verfasser haben, Gottfried Kinkel, einer der begehrtesten Demofraien von 1848, der für diese Begeisterung lange in der Verbannung leben mußte, ferner Hoffmann von Fallersleben, der als Dichter des Nationalliedes „Deutschland, Deutschland über alles“ von unseren Nationalisten überliefert wurde in Einfältigkeit und Verkennung der historischen Wahrheit als einer der ihrigen anekdotiert wird. Hoffmann von Fallersleben, der in tapferer Hartnäckigkeit gegen den lächerlichen Despotismus der deutschen Kleinstaaten rebellierte, mußte dafür, wie so viele seiner Zeitgenossen, als politischer Verbannter sechs Jahre lang heimatlos herumirren. In all diesen genannten Dichtern, zu denen sich noch Friedrich von Schiller und Franz Dingeldey, August von Vinzger und Anastasius Grün gesellen, lebte der einmütige Wille, die nationale Einheit, die verfassungsgemäße Freiheit, die Volkssouveränität Deutschlands zu verwirklichen.

Hinter diesen Proklamationen stand zweifelsohne der Machtanspruch des liberalen Bürgertums. Aber dieser Geltungsdrang einer zum Selbstbewußtsein erwachenden Klasse, auf dessen Fahnen die Freiheit und Einheit des Reiches geschrieben standen, dieser erwachte deutsche Liberalismus wurde wiederum zum Geburtshelfer des sogenannten „vierten Standes“, des Proletariats. In diesem Sinne ist der deutsche Liberalismus (auch in marxistischer Terminologie) das Fundament, auf dem die Kirche der Zukunft gebaut werden sollte.

Wir nannten oben die Dichter des Vormärz; Heine (in seinem Gedicht „Die Wanderratten“ lagen schon die Quellen einer proletarischen Dichtung verborgen), Bruch, Grün, Börne, diese vortrefflichen Journalisten, Dichter und Kämpfer der republikanischen und demokratischen Gesinnung gegen Absolutismus, Zensur, Kleinstaaterei und Ständeunterschied. Ihre zeitgeschichtliche Bedeutung, auch ihre literaturgeschichtliche, in dem wohl mit ihnen die klassisch-romantische Dichtung der deutschen Literatur als beendet gilt und sie einen lebenskräftigen Realismus, der durch die Namen Büchner, Grabbe, Auerbach, Gottschalk u. a. gekennzeichnet ist, in den Sattel hoben, wir sagen, ihre nachdauernde Bedeutung darf nicht unterschätzt werden, auch heute müssen wir uns daran erinnern.

Aber eine größere politische Wirkung sollte erst den Klassikern der Revolutionsdichtung: Ferdinand Freiligrath und Georg Herwegh beschieden sein. In diesen beiden Männern lebte schon der Geist und der Wille des Proletariats, dem Freiligrath seine herrlichsten Schöpfungen: „Von unten auf“, „Die Revolution“, „Die Toten an die Lebenden“ von Georg Herwegh, ganz entzündet am Schillerschen Pathos, unter vielem anderen vor allem sein: „D was es doch nur einen Tag“, „Der Freiheit eine Gasse“ und das „Bundestied“ der ersten politischen Organisation des Proletariats, der Lassallean Arbeiterbewegung schenkte.

Selten hat eine Gedichtsammlung so wie Herweghs „Gedichte eines Lebenden“ (eine preiswerte Ausgabe bei Reclam) so

große Wirkung auf die Zeitgenossen ausgeübt. Der Wucht und der reinen Gläubigkeit seiner Dichtungen konnte sich niemand verschließen. Alle seine Verse galoppierten wie Feuer in die Herzen, rüttelten auf, schafften Widerstand und ein siegesbewußtes Glückgefühl bei den Getreuen.

Freiligraths bedeutsame Gedichtsammlung „Ein Glaubensbekenntnis“ erschien in den Märztagen des Jahres 1848. (Eine Auswahl seiner schönsten Gedichte finden wir in dem vom Arbeiterjugendverlag, Berlin, herausgegebenen Bändchen „Wir sind die Kraft“, Gedichte von F. Freiligrath. In dem Vorwort zum „Glaubensbekenntnis“ schrieb er die herrlich offenen Worte: Fest und unerschütterlich trete ich auf die Seite derer, die mit Stirn und Brust sich der Reaktion entgegenstellen! Mein Leben mehr für mich ohne Freiheit! Wie die Lohse dieses Büchleins und meine eigenen auch fallen mögen: so lange der Druck währt, unter dem ich mein Vaterland leuken sehe, wird mein Herz bluten und sich empören, sollen mein Mund und mein Atem nicht müde werden, zur Erbringung besserer Tage nach Kräften das ihrige mitzuwirken.“

Somit sind und bleiben beide, Freiligrath wie Herwegh, Kämpfer und Weggenossen der während, bis heute noch nicht beendeten sozialen Umformung der Gesellschaft. Ob wir diese durch unsere Teilnahme und Vorbereitung miterlebende Gestaltung einer neuen Wirklichkeit noch Revolution, was ein berauschend schönes Wort ist, nennen, ist von geringer Wichtigkeit. Der Kampf, den das Proletariat führt, wird nicht mehr in den Straßen und auf den Barrikaden ausgefochten oder wenigstens sind das lediglich Demonstrationen letzter Aktion und Kundgebungen größter Verzweiflung. Heute ist die Technik des Kampfes eine andere. Aufeinanderlosgehen aus einem mehr sportlichen oder romantischen Bedürfnis können auch blinderbelegte Dummköpfe. Es kommt aber für uns darauf an, weniger Dummköpfe als geschulte, tapfere, begeisterungsfähige Mitarbeiter und Mitkämpfer zu haben. Jeder, der sich als Glied der Gemeinschaft der proletarischen Bewegung fühlt, dem Solidarität und Hingabe an eine große menschliche Idee Heimat seines Strebens und Wirkens sind, arbeitet für das Kommende. Daß wir immer oben bleiben und uns die Not und Wirral des Alltags nicht in den Staub drückt, dazu können uns auch die Dichterstimmen des Vormärz und der Märztage helfen. Was aus ihnen singt, singt auch in unseren Tagen.

Wenn wir mit diesen kurzen Zeilen den Dichtern des Vormärz und der 1848er Märztage gedenken, so soll damit nicht etwa nur einer historischen Vermittlung gedient werden. Wir sollen die Ohren aufmachen und die Herzen auch und es soll in uns wiederklängen Feuer und Geist, Freiheit und Brüderlichkeit, damit wir glauben können und froh sind in unserem Kampf. Denn wir sind ja „die Kraft“, wie Freiligrath singt:

„Wir hämmern jung das alte, morische Ding,
den Staat,
die wir von Gottes Zorne sind (bis jetzt),
das Proletariat!“

W. G. Döhlw.

Funktionärschulung

Am 27. Februar haben 40 unserer Verbandsmitglieder einen vierwöchigen Kursus in Bernau bei Berlin hinter sich und sind bereits wieder in ihrer Heimat eingetroffen. Für alle 40 Teilnehmer kann wohl ausnahmslos behauptet werden, daß ihnen der Februar 1931 immer ein Erlebnis bleiben wird. Unsere Teilnehmer waren nicht nach bestimmter Landsmannschaft, auch nicht aus einer besonderen Berufsgruppe, sondern aus sämtlichen 11 Gaubezirken und aus möglichst allen Berufsgruppen unseres Verbandes entnommen worden. Jedoch ... Voraussetzung:

1. aktives Verbandsmitglied,
2. nicht unter 25 und möglichst nicht über 35 Jahre alt,
3. möglichst Teilnehmer an einem Verbandswanderkursus.

Die Vorschläge für die Teilnehmer nach Bernau wurden von den Gauleitungen eingefordert, denn sie sind es ja, die in erster Linie mit den aktiven und geistig rührigen Kollegen in ihren Bezirken öfters zusammentreffen. Da aber im Durchschnitt nur circa 3 Kollegen auf einen Gaubezirk entfallen und der Wunsch nach systematischer Schulung aber bei sehr vielen Verbandsmitgliedern besteht, ist es natürlich schwierig, die Auswahl zu treffen, weil sich doch der eine oder andere Juridiktur fühlt. Dennoch sollte unter Berücksichtigung des vorher Gesagten bei keinem Kollegen etwa Mißstimmung entstehen, weil nicht er, sondern ein anderer diesmal nach Bernau kam. Das wird in solchen Fällen nie anders sein können.

Beruflich war die Zusammenfassung der 40 Teilnehmerklasse so: 10 Kollegen aus dem Steinsegerberuf, 20 aus der Pflasterstein- und Schottergruppe, 10 aus den übrigen Berufsgruppen im Verbands.

An Verbandsfunktionen bekleideten 18 Teilnehmer den Vorsitz, 9 sind Kassierer, 9 haben sonstige Vorstandsämter, 2 sind Betriebsratsvorsitzende, 2 waren gegenwärtig ohne bestimmte Funktion, sind aber sonst recht aktiv für den Verband tätig.

Von den Teilnehmern hatten 36 Kollegen einen Wanderkursus im Verbands mitgemacht, während 4 Kollegen andere Kurse besucht hatten.

An Alter zählten 15 25 bis 30 Jahre, 21 Kollegen 30 bis 35 Jahre und 4 hatten das 35. Jahr bereits kurz überschritten.

Nach ihrer politischen Zugehörigkeit befragt, gehörten 2 zur SPD, 5 waren parteilos und 33 sind Mitglieder der KPD.

Außer den Haupt- und Gastlehrern der Schule waren neben dem Kollegen A. Knoll noch drei vom Verbandsvorstand je einen halben Tag dort als Gastlehrer tätig, und zwar die Kollegen Wunderlich, Linke und Geist.

Solche vierwöchige Kurse in Bernau, durch Befragung einer ganzen Klasse mit unseren Verbandsmitgliedern, sollen künftig natürlich mit anderen Teilnehmern wiederholt werden, doch läßt sich darüber heute noch nichts Näheres sagen, weil die berufliche Lage noch zu trostlos ist und unser verbandsseitiges Wollen und Können damit eng zusammenhängt.

Vielleicht interessiert in diesem Zusammenhang die Mitteilung, daß unser Verband gegenwärtig auch einen Kollegen (Emil Pieß aus Weissen) auf der Arbeiterakademie in Frankfurt am Main hat, der dort dreierlei Jahr bleibt (vom 1. Oktober 1930 bis 30. Juni 1931). Außerdem beteiligen sich noch 10 Kollegen aus sämtlichen Gaubezirken an einem schriftlichen Fernunterricht einer Wirtschaftsschule, was eine Vorarbeit bzw. Prüfung darstellt, um eventuell später an dem Halbjahreskursus der Schule aktiv teilnehmen zu können.

Außerdem finden in einzelnen Zahlstellen und Bezirken besondere Kurse statt, zu denen der Verband finanziell beisteuert. Aller Voraussicht nach werden im kommenden Herbst und Winter auch die eigenen, so günstig aufgenommenen Verbandskurse wieder stattfinden. Diese Rührigkeit in der Funktionärschulung ist zweifellos zu begrüßen, die Notwendigkeit solcher Schulung liegt in der heutigen Vielseitigkeit der gewerkschaftlichen Interessenvertretung der Mitglieder begründet und läßt sich natürlich nur mit Erfolg bewerkstelligen, wenn jeder an seinem Platz dafür sorgt, daß unser gemeinsames Wollen und Können sich vor allem stützen kann auf gegenseitiges Vertrauen.

So handeln sie, die KGD-Brüder!

Die Berliner Nord-Süd-Bahn-A.G. hat u. a. auch eine Abteilung für Auslieferung von Steinsegerarbeiten, in der zeitweise eine ganze Anzahl Steinseger und Berufsgenossen beschäftigt wurden. Die, wie überall, auch dort fehlenden Mittel brachten es mit sich, daß, obwohl ausreichende Arbeitsmöglichkeit vorhanden ist, die Belegschaft dieser Abteilung um 50 Prozent verringert wurde. Von unserem Verbands wurde alles in Bewegung gesetzt, durch eine Arbeitszeitverkürzung Entlassungen zu verhindern und, soweit diese schon vorgenommen, durch WiederEinstellung rückgängig zu machen oder durch Neueinstellung Arbeitslose unterzubringen. Verhandlungen mit der Betriebsleitung, dem Landesarbeitsamt und den Vertretern des Oberpräsidenten brachten eine Verständigung, daß durch Einführung der 32-Stunden-Woche eine Anzahl Arbeitsloser wieder eingestellt werden sollte. Bei der Rückfrage mit der Betriebsverwaltung der Steinsegergruppe äußerte aber bereits der Bezirksverordnete von Neutölln und KGD-Mann Anders in Gegenwart des Vertreters der Geschäftsleitung, daß er, wenn er nur vier Tage arbeiten solle, lieber stempeln gehen würde, da er dann besser wegkäme. Anders hätte bei vier Tage Arbeit immerhin noch einen Wochenverdienst von 57 Mark, zusätzlich 1,60 Mark Jahrgeld. Da auch von den andern Mitgliedern der Betriebsvertretung Bedenken geäußert wurden, ob die in Frage kommende Belegschaft den Vorschlag auf Durchführung der 4-Tage-Woche zustimmen würde, wurde darüber verhandelt, die 5-Tage-Woche einzuführen, da auch dann noch die Geschäftsleitung bereit war, eine Anzahl Arbeitsloser neu einzustellen. In einer Betriebsversammlung sollte darüber abgestimmt werden. Nun geschah folgendes:

In der Betriebsversammlung am 25. Februar trat wieder der KGD-Mann und Edelkommunist, der Steinseger Friß Anders auf und sprach sich gegen die Einführung der 5-Tage-Woche aus, so daß tatsächlich die Einführung mit Mehrheit abgelehnt wurde.

Wenn ein Hilfsarbeiter, dessen Verdienst in 5 Tagen auf rund 40 Mark herabgedrückt wird, dagegen stimmt, kann man dies evtl. noch verstehen. Bei dem Steinseger Anders hätte aber bei 5 Tagen der Verdienst immer noch 68,80 Mark, zusätzlich 2 Mark Jahrgeld, als 70,80 Mark betragen, in beiden Fällen wären natürlich noch Sozialbeiträge abzuziehen, so daß Anders noch 61,60 Mark ausgezahlt erhalten hätte, wozu noch die Diäten als Bezirksvertreter kommen. Gegen die Einführung der 5-Tage-Woche stimmten aber auch die Vorarbeiter D. Scheminski und H. Bartel, deren Lohn noch etwas höher liegt.

Sehen wir uns diese, alle bereits jahrelang in Betriebe beschäftigten Leute einmal etwas näher an. Der Führer der KGD bei den Berliner Steinarbeitern, der Steinseger Anders, hat noch im Krisenjahr 1930, d. h. vom November 1929 bis November 1930 2303 1/2 Stunden, gleich 48 Wochen zu 48 Stunden gearbeitet, in dieser Zeit einschließlich Ueberstunden und Nachzuschläge rund 4100 Mark, d. h. pro Woche 85,50 Mark, zusätzlich 2,40 Mark Jahrgeld, also 87,90 Mark, verdient. Dazu erhielt er zu Weihnachten 130 Mark Feriegeld (Wohlfahrtsgeld) ausgezahlt.

Scheminski hat gar 2347 1/2 Stunden gearbeitet, rund 4250 Mk. verdient, dazu pro Woche 2,40 Mark Jahrgeld und zu Weihnachten 138 Mark Feriegeld erhalten.

Bei Bartel kommen 2480 1/2 Stunden in Frage, entspricht mit Zuschlägen einem Verdienst von rund 4700 Mark, zusätzlich Jahrgeld und 153 Mark Feriegeld.

Ist dies nun die von der KGD so oft gepredigte Solidarität mit den Arbeitslosen, daß man es ablehnt, einige Wochen mit einem etwas niederen Lohn zufrieden zu sein, der immerhin noch das Dreifache des Monatslohns ausmacht, was ein langfristiger Erwerbsloser erhält?

Hundert- und Tausende Arbeitsloser liegen monatelang, ja sogar jahrelang auf der Straße. Jeden Augenblick werden sie zu Demonstrationen mißbraucht, um das Parteipöppchen der KGD und SPD zu ködern. Wenn aber von uns verlangt wird, für die verelendeten Arbeitslosen praktische Hilfe und Solidarität zu zeigen, dann machen diese Revolutionäre nicht mit. Wir weisen besonders darauf hin: die Geschäftsleitung war mit der Verkürzung der Arbeitszeit einverstanden, nur durch die Agitation des Betriebsratsmitgliedes und KGD-Mannes wurde dies verhindert. In derselben Betriebsversammlung wurde aber auf Vorschlag desjenigen „Revolutionärs“ ein anderer KGD-Mann als Delegierter für den Anfang März geplanten Kongreß der KGD gewählt, zu dem unter anderen Punkten auch die Forderung der Einführung des 7-Stunden-Tages aufgestellt ist. — Theorie und Praxis!

Wo sitzen nun die Lügner und Verräter der Arbeitslosen? Es wird Zeit, daß die Arbeitslosen einsehen, daß nur von den freien Gewerkschaften ernstlich versucht wird, den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen, und nur durch Einreichung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß den Arbeitslosen wirklich geholfen werden kann.

Rammelsbach. Die Zahlstelle hielt am 31. 1. 1931 ihre Generalversammlung ab. Die Tagesordnung umfaßte Geschäftsbericht, Kassenbericht, Neuwahl und Verschiedenes. Der Vorsitzende, Kollege Bind, gab den Geschäftsbericht und Kollege Kauf den Kassenbericht bekannt. Die Bücher waren von der Revision geprüft und für richtig befunden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Neuwahl ergab keine Veränderung, denn der Gesamtvorstand wurde für das laufende Jahr wiedergewählt. In „Verschiedenes“ kamen zuerst die 7 Prozent Lohnföhrung der Fahrer zur Sprache. Die Firma Steinbruchbetrieb Rammelsbach hat, ohne den Rechtsweg einzuhalten, den Abzug getätigt. Der Lohn wurde von uns eingeklagt; die Klage am Arbeitsgericht Kufel jedoch abgewiesen. Kollege Gras ist beauftragt, die Sache beim Landesarbeitsgericht und gegebenenfalls beim Reichsarbeitsgericht anhängig zu machen. Betreffs Neuaufschluß des RW. wurde beschlossen: „Die heutige gutbesuchte Versammlung steht auf dem Standpunkt, daß ein Bezirksmandataris nicht in Frage kommen kann. Sie gibt der Zentrale auf, die vom Kollegen Gras berichteten Maßnahmen in Punkt 6 des RW. zu erwirken.“ — Nach Behandlung einiger örtlicher Angelegenheiten schloß die gutverlaufene Versammlung.

Königshain. Am 16. Januar 1931 im Gasthaus zum Fürstenstein Jahreshauptversammlung, die erfreulicherweise sehr gut besucht war. Zu erledigen waren: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1930. 2. Jahresberichte des Vorsitzenden und des Kassierers. 3. Neuwahl sämtlicher Funktionäre. 4. Lohnbewegung. 5. Verschiedenes. Der Kassierer, Kollege Schöle, gab die Abrechnung vom 4. Quartal 1930 bekannt, Kasse und Kassenbücher waren in bester Ordnung vorgefunden worden. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Aus den Jahresberichten ging hervor, daß trotz der schweren Wirtschaftskrise in der schlesischen Oberlausitz sich unsere Zahlstelle gut bewahrt hat und auf gesunden Füßen steht. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. In „Lohnbewegung“ nahm die Versammlung mit Entrüstung von den Lohnabbauforderungen unserer Unternehmer Kenntnis, die einen Lohnabbau von 10 Prozent im Stundenlohn und 15 Prozent im Akkord fordern, trotzdem unsere Löhne in der Oberlausitz wohl die schlechtesten sind. Hier gilt es, alle unsere Kraft zur Verfügung zu stellen, um uns ein menschenwürdiges Dasein zu sichern. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende, alles daranzusetzen, damit wir allen Anstürmen der Unternehmer gewachsen sind.

Burzen. Am 1. Februar fand im Gewerkschaftsheim Burzen unsere sehr gut besuchte Generalversammlung statt. Für zwei erkrankte Vorstandsmitglieder liegen schriftliche Entschuldigungen vor. Für den erkrankten Vorsitzenden Pfüge leitet die Versammlung der 2. Vorsitzende, Kollege Winkler. Nach Verlesung des Protokolls von der letzten Vorstandssitzung erkrankt Kollege Hennig den Kassenbericht vom 4. Quartal. Debatte hierzu findet nicht statt. Nach dem Bericht der Revisoren wird der Kassierer auf Antrag einstimmig entlastet. Hierauf gibt Kollege Winkler den umfangreichen Jahres-Kassenbericht. Zur Neuwahl der Ortsverwaltung schlägt Kollege Polley (da der Kollege Pfüge schriftlich erklärt hat, eine evtl. Wiederwahl als 1. Vorsitzenden anzunehmen) den bisherigen Gesamtvorstand vor. Dagegen beantragt Kollege Herberich Döbler, über jedes Vorstandsmitglied getrennt abzustimmen. Die geheime Wahl ergibt folgendes Resultat: Kollege Strunz als 1. Vorsitzender, als 2. Vorsitzender Kollege Herberich Döbler, Kassierer: Hennig, Schriftführer: Keil, als Beisitzer die Kollegen Hugo Müller, Ernst Döbler, Robert Vogel und Hans Boigt, als Revisoren Köhler und Briet. Kollege Strunz leitet nun die Versammlung und gibt ein Rundschreiben vom Zentralvorstand bekannt, betreffend die Wählbarkeit der Nationalsozialisten in den Gewerkschaften. Der Lohnabbau innerhalb der Gewerkschaft verursacht eine lange Debatte, die das Ergebnis zeitigt, daß ein großer Teil der Kollegen selbst dazu beigetragen haben. Der Antrag (erwerbsloser Kollegen) auf Notstandsunterstützung erfordert ebenfalls eine längere Debatte mit dem Ergebnis, daß für solche Kollegen, die seit dem 1. Oktober 1930 ununterbrochen erwerbslos sind, aus lokalen Mitteln für Verheiratete 10 Mark, für Ledige mit eigenem Haushalt 8 Mark und solche ohne eigenen Haushalt 5 Mark als einmalige Unterstützung bewilligt werden. Voraussetzung ist, daß die Mitgliedsbücher in tadelloser Ordnung sind. Wegen der ungerechten Verteilung der Winteraufträge an die einzelnen Bezirke durch die Staatliche Straßenbauverwaltung Dresden wird scharfe Kritik geübt. Einer vorliegenden Resolution wird einstimmig Zustimmung erteilt.

Bunzlau. Am 14. Februar fand unsere gut besuchte Generalversammlung im Volkshaus statt. Vor Eingang in die Tagesordnung wurde dem verstorbenen Kollegen Heinrich Fornseiff die übliche Ehre erwiesen. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt. Aus dem Jahresbericht über Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse und Lokalkasse war zu ersehen, daß wir unsere eingezahlten Gelder ziemlich restlos wieder erhalten haben, denn es konnten von der ganzen Jahreseinnahme nur 17 Prozent in bar nach Leipzig geschickt werden, 83 Prozent wurden wieder als Unterstützung an Erwerbslose, Invaliden, Kranke, als Notstand und Sterbegeld ausgezahlt. Unser lokaler Kassenbestand hat sich trotz schlechter Zeiten erhalten. Den durchreisenden Kollegen wurde das übliche Ortsgeheim weitergezahlt. Die gesamte Ortsverwaltung wurde wiedergewählt.

Im „Gewerkschaftlichen“ konnte die Zahlstellenverwaltung feststellen, daß sich unter den 104 Mitgliedern kein Maulwurf befindet, der an den Wurzeln des Verbandes nagt. Auch haben auf unseren Arbeitsplätzen Inorganisierte keinen Platz. Zur Einführung der zentralen Invalidenunterstützung gibt es keinen Kollegen, der ihr nicht wohl gefinnt wäre. Wir haben bis jetzt 16 Kollegen, und einige sind schon wieder bald reif zur Invalidenunterstützung. Die alten „Staublungentrentiers“ sind voll Freude, wenn sie die mo-

natliche Unterstützung in Empfang nehmen. Viele dankbare Worte sind schon gefallen, daß es der Zentralverwaltung nach jahrelangem Bemühen gelungen ist, die Berufskrankheit als Unfall zur Anerkennung zu bringen. Es sind schon manche Debatten gepflogen worden über das frühere Glend der alten Bildhauer, Steinmetzen und Brecher, die monatelang, ja jahrelang dahinsiechten und halb verhungert mußten. Die Verbands-Invalidenunterstützung hätten wir sicherlich nicht, wenn die Steinarbeiter es nicht verstanden hätten, sich eine gute Organisation zu schaffen. Um die Unterstützungseinrichtungen zu erhalten, müssen wir bei der mehr als schlechten Zeit uns gegenseitig ernstlich zurufen: Fest zum Steinarbeiterverband halten!

Kringell. Am 1. Februar 1931 fand die gut besuchte Generalversammlung der Zahlstelle statt. Der Kassierer gab den Kassenbericht bekannt, der von den Revisoren geprüft und als richtig befunden war. Entlastung wurde erteilt. In der Neuwahl wurde die alte Verwaltung wieder gewählt. Als Revisoren die Kollegen Josef Maier und Kaver Scheiff. In der Aussprache wurde allseitig gewünscht, daß die umliegenden Zahlstellen mehr in Fühlung bleiben und sich über die Verhältnisse aussprechen. Von der Zahlstelle Büchberg war ein Kollege anwesend, der sich bereit erklärte, mit den Zahlstellen Fischhaus, Kalteneß, Lüttling, Hochwegen, Fürstentstein und Hausenberg schriftlich in Verbindung zu treten, um das Gewünschte dann verabreden zu können. (Red. Diese gewünschte, durchaus notwendige Verbindung und Fühlungnahme ist doch bereits gegeben durch die Bezirksleitung, der Kollege Haustein in Passau vorsteht und der in der Hauptsache zu diesem Zwecke freigestellt wurde.) Dann richtet der Vorsitzende noch den Appell an die Kollegen, den Verband in jeder Situation hochzuhalten.

Augsburg. Am 7. Februar fand im Volkshaus die Generalversammlung statt. Nachdem verschiedene geschäftliche Angelegenheiten erledigt waren, gab der Vorsitzende Kollege Zosb ein eingehenden Bericht über das verfloßene Jahr. Er führte u. a. aus, daß das Jahr 1930 seit der Stabilisierung der Währung als das schlechteste zu bezeichnen sei. Eine Reihe von Kollegen konnte eine Anwartschaft auf die Arbeitslosenversicherung nicht erreichen. An Bauarbeiten waren als städtische nennenswerte Aufträge: die Fertigstellung der Großmarkthalle bei der Naturstein Verwendung fand, die Errichtung des Ulmenhofes, wo Kunststein verwendet wurde. Hierzu kam noch der Neubau der Allgemeinen Ortskrankenkasse Augsburg-Stadt, wo ebenfalls Steinmetzarbeiten in Naturstein zur Verwendung kamen. Von Seiten der Ortsverwaltung wurde immer wieder bei den in Frage kommenden Instanzen auf die schlechte wirtschaftliche Lage der in der Steinindustrie beschäftigten Arbeiter hingewiesen. Auch die Tagespresse wurde hierzu benützt. Trotz dem muß festgestellt werden, daß die große Erwerbslosigkeit zu 50 Prozent vom Großkapital künstlich erzeugt wird, um ihre Lohnabbaupläne leichter durchführen zu können. Auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung, vor allem der Erwerbslosen- und Krankenversicherung, sind Verschlechterungen eingetreten und gerade auf diesem Gebiete müsse die Arbeiterklasse mit aller Schärfe die Forderung erheben: „Hände weg von der Sozialgesetzgebung!“ Nicht bei den Opfern einer verkehrten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, sondern bei den übermäßig hohen Gehältern der Industriekapitäne, der Pensionen an nichtstehende Generäle und Offiziere, nicht zuletzt bei den Riesensummen an faulenzende Prinzen und ihrer Mätressen sei eine durchgreifende Reform notwendig. Um dieses zu erreichen, sei die Einigkeit der Arbeiterklasse oberstes Ziel. Allen, die die Arbeiterklasse zersplittern wollen, kommen sie von rechts oder links, sei der Stuhl vor die Türe zu setzen.

Im Pflasterergewerbe mußten sich die Kollegen Ischer im September einen Lohnabbau von 20 Pfennig die Stunde und eine entsprechende Kürzung der Akkordsätze gefallen lassen. Sie waren nicht ungeschuldig, denn der größte Teil der Augsburger Steinseger glaubte, ohne Organisation auskommen zu können. Dieses Diktat der Unternehmer hat sie eines Besseren belehrt und es ist zu hoffen, daß die Arbeiter den ungeheuren Wert eines Tarifvertrages endlich schätzen lernen. Die gegenwärtig in Deutschland herrschende Abbau-Krankheit der Unternehmer hat auch in Augsburg nicht halt gemacht. Auch hier haben die Steinmetzmeister den Tarifvertrag gekündigt. Trotz der Arbeitslosigkeit, am Ort waren von 64 Kollegen am Schluß des Jahres 59 arbeitslos, müsse der Kampf geführt werden, damit die Bäume der Unternehmer nicht in den Himmel wachsen und die Arbeiterklasse teilnehmen könne an dem Segen der Kultur. Der Kassenbericht von Kollege Döring zeigte, wie immer, seine Gewissenhaftigkeit als Finanzminister. Bei dem Punkte Neuwahlen wurde die alte Ortsverwaltung einstimmig wiedergewählt.

München. Am 7. Februar gut besuchte Generalversammlung. Auf Tagesordnung standen 5 Punkte. Die Versammlung ehrte zunächst vier verstorbene Mitglieder. Dann wurden die Einkläufe bekanntgegeben. Im 2. Punkt verlas der Schriftführer die fälligen Protokolle. Ein Vorstandsbericht wurde nicht gegeben, da der Vorsitzende, Kollege Johann Schmidt, im Krankenhaus liegt. Von der Versammlung wurde verlangt, daß der Bericht nach seiner Entlassung gegeben wird. Kollege Dietl spricht über die Zustände bei der Firma Dimmer, wo 10 Kollegen gemagtregelt wurden. Des weiteren sprach Dietl über den Tarifabschluß, der am 1. März 1931 vollzogen sein muß. Der Kassierer Neubauer gab einen längeren Bericht über den Kassenbestand. Durch die Kampfhandlungen im Jahr 1930 ist ein Defizit von 391,54 Mark entstanden. Auch der Bestand der Wohlfahrtskasse wurde bekanntgegeben, ebenso die ausgeschlossenen Mitglieder. Anschließend gab uns Kollege Reichl über unsere Privat-Sterbefasse einen Bericht, wobei er anführte, daß 13 Mitglieder ausgeschlossen sind. Die beiden Revisoren bestätigen die Richtigkeit der Kassen. In der Diskussion spricht Kollege Henkelmann über das Defizit und erjucht, das jährlich wieder ein vervielfältigter Rechenschaftsbericht an die Mitglieder verteilt wird. In der Neuwahl wurde erfreulicherweise unser altbewährter Kollege Ludwig Dietl zum 1. Gruppen-Vorsitzenden gewählt. Dietl dankte für das Vertrauen, erjucht die Kollegen um Unterstützung. 1. Kassierer wurde zum 10. Male Kollege Neubauer und 1. Schriftführer Kollege Joseph Sigl. Nachdem für jede Funktion ein Stellvertreter und die verschiedenen Kommissionen gebildet waren, wurde als Leiter der Jugendgruppe Kollege Andreas Wagner gewählt. Kollege Dietl regt an, wenn sich bei Abhaltung unseres Sommerfestes ein Ueberflus ergebe, so sollen zwei Drittel der Wohlfahrtskasse und ein Drittel der Sterbe-Unterstützungskasse überwiesen werden, dem wurde zugestimmt, ebenso der Anschaffung eines Arbeitsrechtsbuches. Ferner wurde beschlossen, um die Verbandsbeiträge besser hereinzubringen, soll ein invalider Kollege beauftragt werden, gegen angemessene Entschädigung hauptsächlich säumige Kollegen auf der Baustelle zu kassieren. Im weiteren wird der Kassierer durch Beschluß verpflichtet, in jeder Monatsversammlung die Restanten, die vier Wochen im Rückstand sind, bekannt zu geben. Kollege Dietl erklärte, daß in der Versammlung der Steinmetzen am 5. Februar bekanntgegeben wurde, daß die Walhall-Unterstützung vom 1. April 1931 von 6 auf 8 Wochen solange die Kassenzeit der Zentrale 65 Wochen beträgt, erhöht wurde. Dann wurde noch beschlossen, daß jeder, der 25 Stunden in der Woche arbeitet und der, der bei Akkordarbeit in 20 Stunden das gleiche verdient, einen vollen Wochenbeitrag zu leisten hat. Der Kassierer wurde beauftragt, sich bei Abgabe einer Erwerbslosenmarke die Lohnlücke zeigen zu lassen. Im Verschiedenen kam Kollege Reichl auf den § 2 der Sterbefasse zu sprechen. Eine Anregung von Dietl, einen Statuten-ausschuß aufzustellen, der den Paragraphen umarbeitet, wurde zurückgestellt bis der Antragsteller selbst erscheinen kann.

Rundschau

Bautagung „Straße und Brücke“. In Leipzig während der Messe vom 5. bis 7. März 1931 findet eine Straßen- und Brückenbautagung statt, deren Zeitplan nachstehend: In den Vorträgen, die in einem Vortragsaal der Baumeshallen stattfinden, werden Fragen über die Materialprüfung behandelt werden. Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Ing. r. h. Briz, Berlin behandelt den Internationalen Straßenbau. Prof. Dize - Hannover „Betonstraßen“. Prof. E. H. G. Berlin, „Steinstraßen“. Min.-Rat Dr. Ing. S. P. Dresden, „Wirtschaftliche Fragen des Straßenbaues“. Ferner werden Straßenbaumaschinen auf dem Messegelände vorgeführt und Bau- und Technische Messe besichtigt. Es folgt (6. März) eine Besichtigung von Straßen und Brücken innerhalb und außerhalb der Stadt Leipzig mit Aussprache über die Ergebnisse der Besichtigung. Ein weiterer Tag (7. März) bringt einen Vortrag von Prof. Dr. Ing. c. h. Spangenberg, München, über Massivbrücken (Stein-, Beton- und Eisenbetonbrücken). Des weiteren werden die Unterhaltung der Straße und Probleme der Haftpflicht erörtert werden. Ober-Reg.-Rat Heud, Dresden, bespricht einschlägige, juristische Fragen, Oberbaurat Dr. Ing. c. h. Nagel, Braunschweig, Technische Aufgaben.

Das schlechende Gift der Wertszeitungen. Die Zahl der Wertszeitungen wächst trotz Verschlechterung der Wirtschaftslage. In gewaltigen Auflagen werden sie gedruckt und verbreitet. Nach einem Artikel der Bergwerks-Zeitung Nr. 14 gehört die Erhaltung dieser Preise zu den ersten Sorgen der Industrie. „Sie ist ja ein unerlässliches Verteidigungsmittel in ihrem Kampf ums Dasein, ebenso unentbehrlich, wie dem Schiffer sein Ruder, das er auch in Seenot nicht als Ballast über Bord wirft.“ Diese Worte besagen genug. Doch hören wir weiter:

Unvermerkt weben sie ein Band, das alle im Werk umschließt, fördern sie Arbeitsfreude und Berufsstolz und beugen damit der Gefahr einer Entpersönlichung, der Abstumpfung und der Vermassung. Natürlich können sie nicht mit einem Male die Scheidewände niederlegen, die Irrlehren und Vorurteile in Dogenlinien aufgeführt haben, aber unermüdlich und unverdrossen klopfen sie dagegen, schlagen ein Loch nach dem anderen. Es ist kluge, beharrliche Arbeit auf lange Sicht, die sie in liebevoller Hingabe leisten und sie von feinstem psychologischem Verständnis zeugt; sie wäre nicht möglich ohne eine zentrale Leitung, die das gesamte Erfahrungsmaterial überblickt und es zum Nutzen der einzelnen Blätter auswertet. So dienen die Wertszeitungen zugleich den Arbeitnehmern und den Unternehmern unter dem verbindenden Gedanken der Werks- und Volksgemeinschaft, und das ist es, was ihnen ihre eigenartige Bedeutung verleiht. Man kann getrost behaupten, daß heute ein industrielles Großunternehmen ohne Wertszeitung kaum mehr vorstellbar ist.“

Es ist nicht notwendig, diesen Worten Erläuterungen beizufügen. Eine große Gefahr sind die Wertszeitungen und können es noch mehr werden. Man suche die Weiterverbreitung dieses Schleichgiftes zu hindern wo man auch nur dazu in der Lage ist. Die Gewerkschaften müssen den Wertszeitungen dieselbe Bedeutung beimessen wie die Unternehmer. Denn gegen die Gewerkschaften wurden sie in erster Linie geschaffen.

Stillsand der Arbeitslosigkeit? Der außerordentlich scharfe Zustrom, der seit Juli auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu verzeichnen war, hat zum ersten Male in der zweiten Januarwoche nachgelassen. Es war nur ein Zustrom von rund 129 000 oder 2,7 v. H. zu verzeichnen gegen 381 000 in der ersten Hälfte des Monats. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug Ende Januar 4 894 000. Die Verlangsamung der Arbeitslosenzunahme ist verschiedenen Umständen zu verdanken. Die Saisonberufe waren in der Zunahme stärker beteiligt als die Konjunkturberufe. Dürfen wir nunmehr hoffen, daß die Arbeitslosigkeit zum Stillsand kommt? Man kann mit ziemlicher Sicherheit damit rechnen, daß ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit über 5 Millionen Arbeitsuchende wahrscheinlich nicht oder nur unwesentlich hinausgehen wird. Hier und da ist bereits jetzt eine Belebung einzelner Industriezweige festzustellen. Im Bereiche des Landesarbeitsamtes Brandenburg ging die Zahl der Arbeitslosen um 2000 zurück. Die Unterstützungseinrichtungen werden jedoch vorläufig keine Entlastung, sondern eine weitere Belastung erfahren. Mit dem Stillsand der Arbeitslosigkeit zuckt ein Hoffnungsstrahl am wirtschaftlichen Himmel auf. Das ganze Volk wird aufatmen, wenn einmal feststeht, daß die Flut zu sinken beginnt.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Versammlungen.

Am 8. März für Litho- und Zuregebiet in Rögling, Bezirkskonferenz um 11 Uhr im Lokal Stahl. — Auf je 30 Mitglieder ein Delegierter. Kosten tragen die Lokalkassen.

In Baselwald, um 14 Uhr, im bekannten Lokal.

In Wünschelburg um 9 Uhr im Gasthaus Hirschfeld zu Ober-Rathen. (Bericht von der Lohnverhandlung.)

Am 9. März in Berlin-Spandau um 19.30 Uhr bei Höpfer, Pichelsdorfer Straße 5.

In Berlin, um 17 Uhr, Betriebsversammlung der Firma Ph. Holzmann (Steinmeßabteilung) im Gewerkschaftshaus, Saal III.

Görlitz II. Der Steinseher Otto Süsse, geboren 7. 2. 01, gilt nicht mehr als Verbandsmitglied, er wurde, weil er das Beitragszahlen vergessen hat, aus der Mitgliederliste gestrichen.

Achtung! Besichtigung des Deutschen Arbeitshilfsmuseums in Charlottenburg am Sonntag, 8. März, um 11 Uhr, in der Fraunhoferstraße 11/12. Hierzu werden alle Kollegen und Interessenten der übrigen Unterbezirke eingeladen. Als Unkostenbeitrag werden 5 Pfennig pro Person erhoben. Treffpunkt 11 Uhr vor dem Eingang. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Am Ort zureisende und in Arbeit tretende Kollegen melden sich immer vorher beim Zahlstellenvorstand. Wer das unterläßt, hat keinen Anspruch auf Kollegialität und deren Auswirkung! — Dieser Hinweis gilt für alle Berufsgruppen und alle Zahlstellen. Eine besondere Bekanntmachung dieser Art für einzelne Zahlstellen ist deshalb überflüssig.

Adressenänderungen

- Gau: **Marienwerder.** Kass.: Frik Garba, Wallstraße 28.
- Gau: **Beuthen.** Vorj.: Andreas Frascjat, Dr.-Stefan-Str. 12. — **Lauban.** Vorj.: Artur Lindner, Rickobig, Vorstr. 8. Kass.: Paul Ehrentraut, Langenöls Nr. 72, Kr. Lauban. — **Dhlau.** Vorj. u. Kass.: Jos. Reichelt, Ufergasse 16.
- Gau: **Dornreichenbach.** Vorj.: Hermann Franke, Dornreichenbach-Ort, Wurzen-Land.
- Gau: **Asbach.** Vorj.: Phil. Fischer I, Richtenberg (Odenwald), Darmstadt 2, Land.
- Gau: **Ulm.** Kass.: Karl Weik, Heimstättenstr. 30, I.
- Gau: **Fehl-Rühhausen.** Vorj.: Otto Weber. — **Geilnau.** Kass.: Paul Magerner, Hirschberg, Post Diez-Land (Unterlahntr.), Postbezeichnung für Geilnau: Diez-Land (Unterlahntr.).
- Gau: **Barterode.** Vorj.: August Oppermann, Nr. 91.

Fortsetzung der Versicherung durch den überlebenden Ehegatten. Die Notverordnung der Regierung hat auch Bestimmungen gebracht, die sich vorteilhaft auswirken. Eine begrüßenswerte Neuerung ist das Recht der überlebenden Ehegatten, die Krankenversicherung des verstorbenen Ehepartners fortzusetzen. Die betreffende Bestimmung der Notverordnung hat folgenden Wortlaut: „Stirbt ein Mitglied, so kann der überlebende Ehegatte, wenn er nicht selbst auf Grund eines Reichsgesetzes für den Fall der Krankheit versichert ist, die Mitgliedschaft unter denselben Voraussetzungen und in derselben Weise wie ein Mitglied fortsetzen.“ Wenn also der verstorbene Ehegatte in den vorangegangenen 12 Monaten auf Grund der Reichsversicherung mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vor seinem Tode mindestens 6 Wochen versichert war, so kann die Mitgliedschaft von dem überlebenden Ehegatten fortgesetzt werden. Voraussetzung ist allerdings, daß diese Absicht sich binnen 3 Wochen bei der Kasse äußert. Es kann auch eine Verletzung in eine niedrigere Beitragsstufe beantragt werden. Eine Verbesserung ist auch dadurch erreicht, daß nunmehr die Versicherung bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse oder Landkrankenkasse des Wohnortes fortgesetzt werden kann. Diese Bestimmung sollte dringend beachtet werden.“

Die Bierproduktion in Deutschland

1924/25	381
1926/27	4837
1928/29	550

im Reich insges. Millionen hl davon in Bayern

Von der bayr. Bierproduktion wurden: 1929 in 1000 hl

in Bayern verbraucht 1/4 454

ins Reich exportiert 203,6

ins Ausland exportiert 10,2

Wer trinkt das Bayerische Bier?

Mehr als ein Viertel der Bierproduktion Deutschlands wird in Bayern erzeugt. Im Jahre 1929/30 wurden 15 Millionen Tonnen Bier in Bayern gebraut, von denen aber die Bayern selbst 14,5 Millionen Tonnen tranken. Im Reichsbuchschnitt trinkt der Deutsche 90 Liter Bier, während nach den Angaben des Bayerischen Statistischen Jahrbuches, berechnet nach der im Inland verteuerten Menge, jeder Einwohner Bayerns im Jahre 190 Liter verbrauchte, das ist also täglich etwas über einen halben Liter, wobei die Greise und Kinder mit eingerechnet sind. Die Bierausfuhr Bayerns ist neben dem Eigenverbrauch ziemlich unbedeutend.

Immer bei der Wahrheit bleiben! Mit dem Problem Arbeitslosigkeit und Löhne beschäftigen sich unzählige Menschen. Wieviel Tinte wird darüber verschrieben und wieviel Druckerschwärze verbraucht, ohne daß ein Erfolg bezüglich der Verminderung der Wirtschaftskrise zu ersehen ist. Manchmal kommen in diesen Erörterungen ganz krause Theorien zum Vorschein. So wird das oben genannte Problem in einem Leitartikel des „Berliner Vorposten-Courier“ Nr. 63 erörtert. Der gute Mann, der dort die Unternehmerrichtigkeit von der Notwendigkeit einer Lohnsenkung zu kopieren versucht, gerät in seinem Eifer in eine Sackgasse, aus der er sich folgendermaßen herauszuwinden versucht:

„Ein ökonomisches Wunder sondergleichen wäre es, wenn die Gesamtbevölkerung in einer der schwersten Krisen, in der die bisherigen Kapitalgrundlagen erheblich eingeschrumpft sind und in der die gesamte Produktion um fast ein Drittel gesunken ist, den alten Lebensstandard unverändert aufrechterhalten könnte. Ein unbestrittenes ökonomisches Gesetz besagt, daß die gesamte Kaufkraft der Gesamtproduktion genau entspricht. Wie will diese Gleichung aber aufgehen, wenn nun auf einmal eine hundertprozentige Kaufkraft einer 70prozentigen Produktion gegenübersteht? Aus dieser einfachen Ueberlegung ergibt sich klar, daß die Wiedergewinnung der alten Kaufkraft nur über den Weg der Wiederherstellung und Gesundung der bisherigen Produktion erreichbar ist.“

Es ist kein „unbestrittenes ökonomisches Gesetz“, daß die Kaufkraft der Produktion entspricht; es ist ferner ein großer Unsinn, eine hundertprozentige Kaufkraft und eine siebzigprozentige Produktion anzunehmen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Einer 70prozentigen Kaufkraft, hauptsächlich verursacht durch Arbeitslosigkeit und Lohnsenkung, steht eine 120prozentige Produktion gegenüber. Aus diesem Mißverhältnis ergeben sich die Schwierigkeiten, und nicht umgekehrt. Selbst in dem eifrigsten Bestreben, sich bei den Unternehmern Liebkind zu machen, sollte man bei der Wahrheit bleiben.

Straßenbenennung nach Gewerkschaftsführern. In Berlin sind kürzlich eine Reihe neuer Straßen nach Gewerkschaftsführern benannt worden. Die Gehag, eine den Berliner nahestehende Bau- und Siedlungsgesellschaft, hat neben anderen großen Bauten auch den Baublock errichtet, der den Namen Wohnstadt Carl Legien trägt. Auf Vorschlag der Gehag sind nun innerhalb der Wohnstadt Carl Legien durch den Berliner Polizeipräsidenten eine Reihe von Straßen neu benannt worden. Sie heißen jetzt: Segitzstraße, Fackelstraße, Einstraße, Massinistraße, Silberbachweg und Dignamweg. Einigen bedeutenden Gewerkschaftsführern ist hier ein stilles Denkmal gesetzt worden. Martin Segitz war ein Führer der Bayerischen Gewerkschaften und von Beruf Metallarbeiter, Hermann Fackel hat sich in der Textilarbeiterbewegung einen unauslöschlichen Namen erworben. Adolf von Elm war ein Führer der Genossenschaftsbewegung und in Hamburg zuhause. Der Name Massini hat in der Berliner Arbeiterbewegung einen guten Klang, Hermann Silberbach war ein Führer der Bauarbeiter und lange Jahre Vorstandsmitglied des ADGB. Dignamann starb als Führer der größten deutschen Gewerkschaft, des Metallarbeiterverbandes. Es ist erfreulich, daß die Behörden bei der Benennung von Straßen sich auch der Namen von berühmten Gewerkschaftsführern entsinnen.

Für die Armut gibt es keine Entschuldigung. In dem neuesten Buche Fords finden wir folgende Sätze, die sich jeder europäische Unternehmer einhämmern müßte: „Unsere Generation hat wenig Entschuldigungsgründe für die sogenannten schweren Zeiten. Für äußere Armut gibt es überhaupt keine Entschuldigung. Alles, was der Mensch braucht, ist in der Welt vorhanden und wartet darauf, benutzt zu werden. Der Mensch hat es nur nötig, das, was ihm die Natur beschert hat, herauszuholen, zu verarbeiten und zu verteilten. Aber trotzdem klagt er, wenn er bei dieser Arbeit strauchelt, über schlechte Zeiten, als würden diese durch eine Kraft erzeugt, über die er keine Herrschaft besitzt.“

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

- Gau:** In Stettin wurden die Steinmeßer und Schleifer von den Grabsteingeschäftsinhabern ausgeperrt, weil sie sich einem 14prozentigen Lohnabbau nicht fügen wollten.
- Gau:** In Dobrilugk vom Schleifereibetrieb Koppe fernbleiben!
- Gau:** In Bitterfeld ist für Kollegen aus dem Straßenbau die Fa. Hermann Bär wegen Lohnunterschieden gesperrt; ferner in Halle a. S. Otto Hirschfeld und Otto Kahlke, in Ammendorf b. Halle: Franz Merleburger, in Weizensfeld: Otto Reinhardt und Schulze & Mühlhaus, in Mücheln, Bezirk Halle: Karl Geißler.
- Gau:** Wuppertal-Barmen. Im Bereich der Zahlstelle sind ernste Differenzen wegen Lohn- und Arbeitsbedingungen ausgebrochen. Die Steinmeßer diffieren einen 20 1/2prozentigen Lohnabbau und legen jedem Kollegen einen Revers vor, in dem er sich schriftlich mit diesem Raub einverstanden erklären soll. Sämtliche Kollegen haben ein solches Ansuchen abgelehnt, und sind infolgedessen entlassen worden.
- Gau:** Im Bezirk Wernigerode a. Harz sind folgende Firmen für Steinarbeiter gesperrt wegen außerordentlicher Lohnreduzierung und sonstiger Verschlechterungen vor Tarifablauf: H. Wegener, G. Struß, Wolfram, C. Rißau, H. anno, V. Faltswerke.

Große Arbeitslosigkeit (40 Prozent) im Steinsehergewerbe Hollands verbietet den deutschen Kollegen die Zureise, auch Anfragen bei dem holländischen Verband sind zwecklos und werden nicht beantwortet.

Zürich. Die Pflasterer (Steinseher) stehen im Streit, weil die Unternehmer 15 bis 25 Prozent Lohnabbau verlangen. Bisherige Verhandlungen waren resultatlos. Der sozialistische Einfluß in der Stadtverwaltung ist Garantie dafür, daß während der Streikbewegung keinerlei Einreise gebuldet wird.

Briefkasten

A. B. Brecher. Für das genannte Kind wird Familienhilfe nur gewährt, wenn es vor Eintritt des Versicherungsfalles von Dir, dem Versicherten, überwiegend unterhalten wurde; daselbe wird auch verlangt bei der Arbeitslosenversicherung.

Wieviel Invalidenrente werde ich erhalten? Ich habe 20 volle Quittingarten in meinem Besitz. — Antwort: Die Frage läßt sich ohne Kenntnis der Zeiten und Markenwerte nicht beantworten. Soviel steht jedenfalls fest, daß bei jeder Invalidenrente ein jährlicher Reichszuschuß von 72 Reichsmark und ein fester Grundbetrag von 168 Reichsmark jährlich in Ansatz gebracht wird. Dazu kommen dann die Steigerungsbeträge. Sie richten sich nach den gelebten Marken.

Ist der Abzug vom Lohn zulässig? Meine Tochter ist als Dienstmädchen beschäftigt. Sie hat neulich ohne Verschulden eine Wase zerbrochen. Der Arbeitgeber hat ihr den Wert der Wase vom Lohn abgezogen. Ist das zulässig? — Antwort: Der Arbeitgeber ist nicht berechtigt, einen Lohnabzug vorzunehmen, es sei denn, daß Deine Tochter die Wase vorsätzlich zerbrochen hat, was jedoch nicht anzunehmen ist. Lohn kann überhaupt nicht ohne weiteres einbehalten oder gekürzt werden.

Ich hatte Arbeit gefunden und wurde schon nach 3 Tagen ernstlich krank. Der Arbeitgeber hatte mich noch nicht zur Kasse angemeldet. Die Krankenkasse verweigert die Leistungen. Sie sagt, meine frühere Kasse sei dran. Stimmt das? — Antwort: Soweit wir die Sache von hier übersehen können, ist die Krankenkasse leistungspflichtig; denn die Mitgliedschaft bei der Kasse beginnt nicht mit der Anmeldung, sondern mit dem Tage des Eintritts in die versicherungspflichtige Beschäftigung.

Bücher und Zeitschriften

„Die Handwerks-Hochschule.“ Meisterbuch des gesamten Handwerks herausgegeben von Dr. Hans Meusch, Generalsekretär des deutschen Handwerks- und Gewerbetages Hannover. Zu beziehen vom Industrieverlag Spaeth & Linde, Berlin W. 10, Wien 1.

Dieses Werk soll in 4 Bänden etwa 3200 Seiten umfassen und wird in halbmonatlichen Lieferungen zum Preise von je 1,75 Mark einschließlich Porto herausgegeben. Bisher liegen 8 Lieferungen vor. Die Einteilung ist folgende: 1. Band: Technische Betriebsführung. 2. Band: Kaufmännische Betriebsführung. 3. Band: Rechts- und Staatslehre. 4. Band: Das Handwerk in der Volkswirtschaft. Das Ganze ist dem leitenden deutschen Handwerker gewidmet, soll seinem Berufsstande und seiner Wirtschaft dienen. An einer Stelle im 1. Band wird sehr treffend bemerkt, daß die Geschichte des Handwerks vielfach auch eine Geschichte der verpöhten Gelegenheiten ist. Das ist noch unserer Auffassung würdig, denn die Zeiten des „Herantommens“ sind für das Handwerk längst vorbei, es muß sich rühren im Sinne der Antikipation der Stichworte der 4 Bände, wenn es nicht von der Industrialisierung und Technisierung vollständig erdrückt werden soll. In diesem Sinne ist „Die Handwerks-Hochschule“ als Meisterbuch des gesamten Handwerks zweifellos zeitgemäß. Auch der vorwärtsstrebende Geselle wird mit Erfolg zu dem Werk greifen, wenn es in den weiteren Lieferungen hält, was in den bisher vorliegenden verprochen und begonnen wurde. Der Bezug ist dadurch, daß es in Einzelleistungen erscheint, den Interessenten sehr leicht gemacht. Die bisher vorliegenden 8 Hefte behandeln nicht geschlossenen einen Band, sondern sind der Anfang von allen 4 Bänden. Das scheint uns sehr praktisch zu sein, um den das Werk Studierenden die nötige Abwechslung zu geben.

Anzeigen

Pflasterhämmer
aus bestem Schweisstahl,
Rammen, Brechstangen
und sämtliche Werkzeuge
für den Straßenbau liefert
auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G.
Spareinlagen von 1 RM an werden entgegengenommen in der Zentrale Berlin, Postcheckkonto Berlin 3898, in den Filialen Bremen, Postcheckkonto Bremen 33284, Breslau, Postcheckkonto Breslau 414, Dresden, Postcheckkonto Dresden 2102, Frankfurt a. M., Postcheckkonto Frankfurt a. M. 42679, Hamburg, Postcheckkonto Hamburg 32530, sowie in den Ortsausschüssen des ADGB

Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- Braunschweig.** Am 15. Februar der Steinselzer Willi Hänßen, 42 Jahre alt, 2 Jahre lungenkrank.
 - Kirchheim.** Am 14. Februar der Steinmetz Wilhelm Freiburger, 57 Jahre alt, 2 Jahre krank, Staublung.
 - Niederlands.** Am 23. Februar der Hilfsarbeiter Wilhelm Scholze, 41 Jahre alt, 1 Woche leberkrank.
 - Strehlen.** Am 23. Februar der Pflastersteinmacher Robert Kabner, 56 Jahre alt, 8 Tage Lungenentzündung.
- EHRE IHREM ANDENKEN
- Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold, Verlag Ernst Wiedler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Die Gewerkschaften beim Reichspräsidenten

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamten-Berände sind unter der Führung von Theodor Leipart am 26. Februar beim Reichspräsidenten vorstellig geworden...

Wir erscheinen vor Ihnen als Vertreter von 5 1/2 Millionen organisierten Arbeitern und 1 1/4 Million organisierten Angestellten. Wir sprechen aber nicht nur im Namen unserer fast 7 Millionen Mitglieder, sondern im Namen der 12 Millionen Arbeitnehmer, für die unsere Verbände Tarifverträge abgeschlossen haben...

Wir wissen natürlich, daß die jetzige große Arbeitslosigkeit eine internationale Erscheinung ist, daß ihre Ursachen nicht im eigenen Lande allein zu suchen sind, daß es sich um eine schwerwiegende Weltkrise handelt...

Sie darf, Herr Reichspräsident, in einem kurzen Wort darauf hinweisen, welche Gefahr für Staat und Gesellschaft sich hier entwickelt hat und sich immer weiter vergrößern wird...

Und wie ist nun die wirkliche Lage der Arbeitslosen? Nur ein Drittel von ihnen erhält noch in vollem Umfang die Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung...

Aber auch die Arbeiter und Angestellten, die in den Betrieben stehen, fühlen sich von zwei Seiten durch die ungeheure Krise getroffen. Erstens leben sie unter der ewigen Furcht bevorstehender neuer Entlassungen...

Schon Anfang 1930 setzte der stillschweigende Lohnabbau in den meisten Wirtschaftszweigen ein. Im Laufe des vergangenen Jahres sahen die Arbeitnehmer ihre Akkordlöhne und sonstigen über-tariflichen Verdienste allmählich absinken...

Sie jetzt wurde dieser zweite Lohnabbau für rund drei Millionen durchgeführt, in den nächsten Monaten stehen aber neue gewaltige Tarifbewegungen in den verschiedenen Berufen bevor...

Deshalb haben wir, die Vertreter aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten, unsere Wünsche an Sie, Herr Reichspräsident, und unsere Vorschläge in einer gemeinsamen Erklärung aufgestellt...

Die unterzeichneten Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten möchten die Aufmerksamkeit des Herrn Reichspräsidenten auf die überaus bedrückte Lage der deutschen Arbeitnehmer richten...

Unsere größte Sorge ist die um das Schicksal der unfreiwillig Arbeitslosen. Vornehmste Gegenwartsaufgabe ist die Wiedereinführung dieser Millionen in den Produktionsprozeß...

den Lohnsenkung ist die Zahl der Arbeitslosen gestiegen. Die Einstellung der von den deutschen Unternehmern und amtlicherseits getriebenen Lohnsenkungs-politik ist eine der ersten Voraussetzungen zur Gesundung der Wirtschaft...

Soweit der Abbau der Preise in Frage kommt, vollzieht er sich langsamer als die Senkung der Löhne und Gehälter. Auf weiten Gebieten ist ein Zurückgehen der Preise noch kaum sichtbar. Hier liegen noch unausgeschöpfte Möglichkeiten zur Konsumbelebung...

Als eine unbedingte Notwendigkeit sehen wir die Erhaltung eines rechtlich gesicherten Anspruchs auf ein Existenzminimum für die arbeitslosen Volksgenossen an...

Mit besonderem Nachdruck erlauben wir uns die Aufmerksamkeit des Herrn Reichspräsidenten auf die Angriffe zu lenken, die gegen die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse, das Schlichtungswesen einschließlich der Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen und gegen die Sozialversicherung geführt werden...

Von einer ausführlicheren Begründung im einzelnen — so schloß Leipart seine Ausführungen — möchte ich der Kürze halber absehen, würde es aber mit Freude begrüßen, wenn Sie gestatten würden...

Der Reichspräsident erteilte darauf das Wort an Imbusch, der treffende Worte über die Unmöglichkeit sagte, der Landwirtschaft jetzt durch Zollerhöhungen und ähnlichen Maßnahmen eine Gefälligkeit zu erweisen...

Schneider vom GDA unterstützte diese Ausführungen Leiparts und sagte, daß nicht nur die älteren Angestellten der Arbeitslosigkeit ausgesetzt seien, sondern ebenso auch die Jungen...

Grasmann sprach eindrucksvoll gegen die Politik der Lohnsenkung. Aus einer Rede des Reichsarbeitsministers Siegerwald ist erwähnenswert, daß er mehrfach mit starker Betonung erklärte...

Reichsminister Brüning bemerkte zum Schluß, er wolle gegenüber irreführenden Mitteilungen in der Öffentlichkeit heute schon sagen, daß die Ermächtigung, die die Regierung in dem neuen agrarpolitischen Gesetzentwurf vom Reichstag verlange...

Dann beendete Reichspräsident Hindenburg die Unterredung, indem er betonte, daß er für die Aussprache dankbar sei, daß er die Sorge der Vertreter der Gewerkschaften teile und daß er und die Reichsregierung das Notwendige und Mögliche tun werden...

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen...

Nationalsozialisten und Unstand

Durch den am 11. Februar erfolgten Auszug der NSDAP-Fraktion aus dem deutschen Reichstag wollten die Herren des „Dritten Reiches“ im Volke die Meinung aufkommen lassen, dieser Reichstag „habe das Recht vermisst, im Namen des Volkes zu handeln“...

Welche Vorkommnisse waren es also, die die Nazis zu ihrem selbstmörderischen Schritt veranlaßten? Ueber die rein politischen Auswirkungen des geradezu verblüffenden Benehmens soll in dieser Hinsicht nicht gesprochen werden...

Zur Verstärkung der Materie diene zur Mitteilung, wie die Nazis in laichen Augenblicken selbst über die „unpolitische Immunität“ urteilten, der nun durch die Gesetzesänderung die Kräfte beschnitten wurden...

daß sich „unter dem Schutz der unpolitischen Immunität ein Abgeordneter die frechsten Anpöbelungen erlauben kann, ohne bestraft zu werden, vor den Richter geladen zu werden“.

Als das Parlament sich dazu aufraffte, diesem unpolitischen Zustand ein Ende zu machen, bekamen die Nazis Weintrümpfe und flüchteten in ihrer Ueberhürzung aus dem Reichstag...

Beleidigung, Verächtlichmachung, Verleumdung im politischen Kampfe durch Freiheits- und Geldstrafen unmöglich zu machen.

Der Reichstag gab durch seine Beschlüsse kund: Demokratie bedeutet noch lange nicht Zügellosigkeit.

Ist es angesichts des nationalsozialistischen Geschehens nicht angebracht, einmal zu unterfragen, wie die Weltmeinung über elementare deutsche Rechtsbegriffe ist? Das ist doch um so notwendiger, als der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Pg. Stöhr in öffentlicher Reichstags-sitzung erklärte:

„Sie (die nationalsozialistische Fraktion) warnt „die Weltöffentlichkeit, Beschlüsse dieses Hauses als Beschlüsse des deutschen Volkes aufzufassen.“

Nun schreibt der Berliner Korrespondent der englischen freikonserativen Wochenzeitung „The Observer“ in seinem Blatte vom 8. Februar:

„Da Deutschland keine Zensur über die Formen des Umgangs und der guten Sitten kennt, hielt Reichstagsabgeordneter Brüning hier eine Reform für nötig. Bis jetzt war es so, daß extreme Zeitungen einen Reichstagsabgeordneten zum verantwortlichen Redakteur erkoren, der ohne Strupel die volle Verantwortung für alle Artikel übernahm...“

Der englische Journalist schreibt dann weiter:

„Wenn englische Umgangsformen im deutschen Parlament so wie in der Presse eingeführt werden, ist zu hoffen, daß sich auch dort manches ändert, was dem Ausländer anstößig erscheint. An Stelle einer rein destruktiven Politik wird man mehr zur konstruktiven schreiten müssen...“

In der Tat sind wir, im Lande der Dichter und Denker, weit gekommen, wenn politische Meinungsverschiedenheiten nur nach Art rüpelhafterer Rowdymanner ausgetragen werden können. Doch betrachten wir einmal die Dinge im Lichte des gesunden Menschenverstandes...

B. Wgtz.

Neue Bücher und Zeitschriften

„Diktatur! Soziale Demokratie oder falschliche Diktatur?“ 20 Seiten. Mit farbigen illustrierten Umschlagen. Preis 10 Pfennig. Verlag: Werbeabteilung der SPD, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Diese Zeitschrift ist im gegenwärtigen Moment von besonderer Bedeutung. Die Gefahr besteht, daß die Jungen im Proletariat nicht alle wissen“ befruchtet der Verfasser... „was es heißt, ohne Demokratie, in der Diktatur zu leben.“

Hermann Müller-Franken: Die November-Revolution. Eine historische Darstellung. Zweite durchgesehene Auflage. 31. bis 38. Tausend. 1931. Typographische Ausstattung Jan Tschold, München. 288 Seiten. Ganzleinen. Verlag: „Der Bücherkreis“ G. m. b. H., Berlin SW 61, Preis 5,50 Mark.

Die Geschichte der deutschen Revolution 1918 ist noch zu schreiben. Was bis heute an historischen Darstellungen vorliegt, kann nur als Material für ihren künftigen Strohstrich gelten. Hermann Müller leitet seine Revolutionserinnerungen von vornherein mit der Bemerkung ein, daß sein Buch „keine Geschichte der deutschen Revolution von 1918 werden, sondern für den späteren Geschichtsforscher eine Quelle sein soll“.

Der Volksbetrug der Nationalsozialisten. Reichstagsrede des Abgeordneten Dr. W. Hoegner. Verlag J. W. Dieckhoff, Berlin SW 68, Preis 20 Pf. Mit der Hoegnerschen Rede eröffnet der Verlag J. W. Dieckhoff eine Schriftenreihe, die der politischen Schulung der Massen gewidmet ist.

Auch der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne verweigern?

Unterhaltungsbrocken

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Gedicht hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen

Nichts lockert mehr der Neigung zarte Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

Kopf hoch!

Stoßt ab die Erdschwere,
Erleichtert euer Herz,
Und guckt nicht auf die Erde,
Die Augen himmelwärts!
Was nützt das Lamentieren?
Es hat ja keinen Zweck,
Nur nicht den Mut verlieren,
Die Waffen nicht gestreift.
Sucht aus verborg'nem Winkel
Den letzten Rest Humor,
Der stets euch stand zur Seite,
Ihr lust'ges Steinmehlschör.
Ist auch der Rock zerschissen,
Die Trittschuh nicht la,
So laßt's euch nicht verdrießen.
Kann? Wer laßt denn da!
In eurer Brust da drinnen
Ein kleiner Mahner hängt,
Der, eingestellt auf Frohsinn,
Hinaus zur Freude drängt.
Das Schicksal ist ja härter,
Wir ändern nichts daran,
Drum packt mit festen Fäusten
Das Lebenssteuer an.

Jenny Stern.

Philosophie des Wartens

Von Zeit zu Zeit seht ein ausgeruhter Kopf seine Zeit daran, auszurechnen, wieviel Kilometer der Weg mißt, den ein Kellner im Laufe eines Tages zurücklegt. Oder es rechnet jemand aus, wie oft ein Briefträger schon auf der Spitze des Montblancs gewesen wäre, wenn er, statt Treppen hinauf- und hinabzuklettern, den Beruf eines Bergsteigers ergriffen hätte.

Aber soviel auch schon ausgerechnet und den Lesern der Tageszeitungen unter der Rubrik interessante Ergebnisse serviert wurde, es ist noch nie jemand darauf gekommen, auszurechnen, wieviel Stunden der moderne Durchschnittsmensch von seinem Leben verliert, weil er auf irgend etwas warten muß. Denn Warten, das ist die Krankheit unserer Zeit geworden.

Wir warten vor den Schaltern der Post und an der Eisenbahn, wir warten im Vorzimmer des Arztes und an den Kassen der Warenhäuser. Wir warten an den Theaterkassen und an den Stempelstellen der Arbeitsämter. Ueberall, wo ein tüchtiger Bürochef was zu rationalisieren gefunden hat, müssen wir warten. Um einen Arbeitstag von acht Stunden zu sparen, müssen zwanzig oder dreißig Menschen eine Stunde und länger warten. Denn das ist das Geheimnis des sogenannten Wartens. Man hat rationalisiert. Man hat ausgerechnet, daß die von zwei oder drei Leuten geleistete Arbeit auch von einem Mann geleistet werden kann, wenn man nur dafür sorgt, daß der zu bewältigende Verkehr ununterbrochen bleibt. Das Prinzip ist klar. An jedem Stauwerk ist es praktisch durchzuführen, aber hat ein denkender Mensch Lust, die Reservoire der Rationalisierung zu füllen und solange zu warten, bis die Reihe an ihn gekommen ist, das auf Gleichmäßigkeit eingestellte Räderwerk eines rationalisierten Betriebes in Gang zu halten? Er hat keine Lust, also läuft er, um wenigstens der erste an der Sperrmauer eines Schalters zu sein und damit der Qual endlosen Wartens zu entgehen. Aber die anderen, gejagt von gleichen Nengsten, laufen auch, und weil alle laufen, ist keiner der erste, und der Letzte muß sowieso morgen wiederkommen, weil der Mann hinter dem Schalter, der den ganzen Tag gehetzt wurde, keine Lust hat, aus freien Stücken auch nur eine halbe Viertelstunde zuzugeben. Und außerdem, rationalisieren heißt, auch am nächsten Tag noch Arbeit haben.

Und der Erfolg all dieser Warteerei? Ueberall werden Kräfte gespart die dann itempeln gehen, manchmal part der Kunde, der Geduld hat, durch sein Warten auch etwas Geld. Aber nirgends mehr werden wir reibungslos bedient. Ueberall müssen wir warten. Und wenn in dieser Zeit, wo die Geschäfte schlecht gehen und niemand Arbeit hat, auch Zeit nicht immer Geld bedeutet, sie bedeutet doch Leben, und um die Stunden, die wir mühsam vor Schaltern warten, wird unser Leben gekürzt. Durch die Eile, die wir entwickeln, um das Wettrennen zu überfüllten Schaltern zu gewinnen, holen wir die verlorene Zeit nicht ein, statt dessen werden wir nervös und bekommen Krach mit den Schalterbeamten, die schon so vor Arbeit nicht wissen wohin. Und das Ende vom Liede ist, daß immer wieder mal einer vor einem Schalter verrückt wird und den Schalter zertrümmert. Dann wartet er darauf, daß man ihn einlockt. Aber da braucht er nicht lange warten, denn die Polizei ist so ziemlich das einzige Institut, das sich seiner Kunden prompt annimmt. Vorausgesetzt, daß man nicht etwas an- oder abzumelden hat.

Berufstätige Frauen und Verbrechen

Auch die Frauen kommen mit den bestehenden Gesetzen in Konflikt. Namentlich in einer Zeit, wie der gegenwärtigen, wo die Not die Menschen aus der Bahn wirft. Unter den Gefängnisinsassen bilden die Frauen einen nicht geringen Teil. Im „Berliner Tageblatt“ berichtet die Leiterin des Berliner Frauengefängnisses aus ihren Wahrnehmungen u. a.: „Unter den unglücklichen Frauen, die mir am ersten Tag der Gefangenschaft von den drückendsten Sorgen berichten, kommen die wenigsten aus einem Dasein, in dem der Beruf eine entscheidende Rolle gespielt hat. Frauen, die mit wirklichem Interesse und innerer Freude am Beruf arbeiten durften, werden sehr selten kriminell. Aber die übermenschliche Arbeitslast der proletarischen Frau führt auch zu erschütternden Klagen über die Unerfüllbarkeit der Lebensanforderungen: „Ich wollte, ich könnte in meiner Familie bleiben, könnte Mutter sein, dann wäre alles besser.“ — In der Gefangenschaft gilt die erste drückende Angst dem zurückgebliebenen Mann, nicht den Kindern. „Darf ich meinem Mann einen Brief schreiben, damit er zu mir hält, wenn ich zurückkomme, damit er die Wohnung nicht aufgibt?“ Glücklicherweise lassen die meisten Männer krimineller Frauen, wenn sie selbst in geordneten Verhältnissen leben, ihre Frauen nicht im Stich. Wenn der Mann aber unverjagt ist, keinen Beruf hat, kommt die Frau nach ihrer Gefangenschaft in ein zerstörtes Leben.“

Es wird hier von einer Beobachterin der Frauenseele festgestellt, daß Frauen, die mit einer inneren Freude am Beruf hängen, nur selten mit dem Gesetz in Konflikt kommen. Sehr groß wird die Zahl der berufstätigen Frauen nicht sein, die dies von sich sagen können. Daß Frauen, die in der Gefangenschaft sitzen, an ihren Mann mehr denken als an ihre Kinder, hängt wohl mit der Angst zusammen, daß der Mann sie verlassen könnte.

Was nicht jeder weiß

Der Hund auf dem Grabstein

Auf ganz alten Grabsteinen weiblicher Verstorbener sieht man häufig die in Stein gehauene Darstellung eines Hundes unter der Grabinschrift. Was diese Tierdarstellung zu bedeuten hat, ist heute nur noch wenigen bekannt. Der Hund galt früher nicht etwa wie heute als Sinnbild der Treue, sondern er nahm ungefähr die Stellung ein, die man heute dem Schwein beimißt, also das Sinnbild des Schmutzes. Die Hundebilder auf den alten Grabsteinen sollen heißen, daß die Seele des Verstorbenen sich über den irdischen Schmutz erhoben hat. Sowohl die Darstellung des Hundes auf Grabsteinen wie auch die Wandlung in der Auffassung über den Charakter des Hundes mutet heute recht eigenartig an.

Gehirnskalen-Likör

In einem um das Jahr 1650 erschienenen Chemiebuch wird ein Liguor Cranii humani, ein Gehirnskalen-Likör, empfohlen, der ebenso wie gepulverte menschliche Gehirnschale gut sein sollte gegen die schwere Not, den Schlag, die Gicht, Schläfrucht, Mutterbeschwerden, gut zum Schweiß und dem Gift zu widerstehen. Dieser Gehirnskalen-Likör mußte hergestellt werden aus der menschlichen Hirnschale „von einem jungen, vigourösen, eines gewaltigen Todes ganz neulich gestorbenen, noch unbegrabenen Menschen“. Nach altem medizinischem Aberglauben sollte solche Hirnschale noch alle aktiven Lebensstoffe des menschlichen Körpers enthalten. Zur Herstellung dieses Gehirnskalen-Likörs verwandte man meist den Schädel der wegen irgendwelcher Verbrechen hingerichteten Personen.

Alkoholismus und Geisteskrankheiten

Im Statistischen Jahrbuch für das Land Baden findet sich auch die amtliche badische Gesundheitsstatistik mit einem besonderen Abschnitt „Alkoholiker“. Danach befanden sich unter den in den Jahren 1927 und 1928 wegen Geisteskrankheit in Krankenanstalten aufgenommenen 5144 bzw. 5244 Personen nicht weniger als 919 bzw. 946 mit Säufersucht, akuten alkoholischen Sinnestäuschungen, sonstigen trankverursachten Geistesstörungen und gewohnheitsmäßiger Trunksucht — somit je ein Fünftel bis ein Sechstel der Gesamt-Geisteskrankenanzahl. In diesen Zahlen sind noch nicht enthalten die durch den eigenen Alkoholismus oder den Alkoholismus der Eltern verursachten Geisteskrankheiten!

Der Autogrammbitter.

Ein neuer Beruf ist der der Autogrammbitter, der besonders für angehende Filmstars tätig ist. Wenn sich diese späteren „Prominenten“ in einer für sie besonders wichtigen Gesellschaft sehen lassen, erscheint auch sofort der Autogrammbitter, der verlegen lächelnd eine Karte mit dem Bildnis der angehenden Diva aus der Tasche zieht und sie schüchtern um ihr Autogramm bittet, das natürlich gewährt wird. Der Autogrammbitter verdient für jedes erbetene Autogramm 50 Pfennig, und der werdende Filmstar hat einen Beweis erbracht, wie beliebt er sei . . .

Die Omnibus-Eisenbahn.

Eine englische Eisenbahn-Gesellschaft hat jetzt Versuchsfahrten mit einem ganz neuartigen Fahrzeug unternommen. Es handelt sich dabei um ein Auto, das sowohl auf der Landstraße als auch auf den Eisenbahnschienen fahren kann. Innerhalb der gummiereiften Räder für den Straßenverkehr liegen die etwas kleineren Stahlräder für den Betrieb auf den Eisenbahnschienen. Mit wenigen Handgriffen kann der Wagen vom Straßenbetrieb auf den Schienenbetrieb umgestellt werden. Die Eisenbahngesellschaft plant, diese Omnibus-Eisenbahnen dort in Betrieb zu stellen, wo viele Ortschaften weit vom Bahnhof entfernt liegen, um auf diese Art nicht nur Zubringerdienste zur Eisenbahn zu leisten, sondern die Wagen selbst an Stelle von Zügen fahren zu lassen. Die Versuche sollen bisher die Brauchbarkeit des neuen Wagentyps erwiesen haben.

Europäische Millionenstädte.

Während man vor dem Kriege nur 10 europäische Städte kannte, die mehr als eine Million Einwohner hatten, ist die Zahl dieser Städte jetzt auf 15 gestiegen. Es sind dies der Größe nach geordnet London, Berlin, Paris, Moskau, Wien, Leningrad, Budapest, Liverpool, Birmingham, Hamburg, Glasgow, Athen, Piräus, Manchester, Warschau und Neapel. In Großbritannien liegen fünf dieser Städte, je zwei in Deutschland und Rußland und je eine in Frankreich, Griechenland, Italien, Oesterreich, Polen und Ungarn. Nach italienischen Statistiken werden in diesem Jahre Rom und Mailand die Millionenengrenze erreichen.

Die größten Städte der Welt.

Wenn man die Größe einer Stadt nach ihrer räumlichen Ausdehnung berechnet, ist die größte Stadt der Welt Los Angeles in Kalifornien. Sie umfaßt 1062 Quadratkilometer Flächeninhalt. An zweiter Stelle steht Berlin, das „nur“ 884 Quadratkilometer Flächeninhalt hat und damit fast so groß ist wie der Freistaat Waldeck. Nach der Einwohnerzahl ist — wenn man jeweils die Einwohnerzahlen der nicht eingemeindeten Vororte außer Betracht läßt, Newyork die größte Stadt; sie hat nach der neuesten Statistik 6 064 000 Einwohner. An zweiter Stelle steht London mit 4 541 000 Einwohnern, die dritte Stelle nimmt Berlin mit 4 300 000 Einwohnern ein, und an vierter Stelle folgt Paris mit 2 871 000 Einwohnern.

Die gefälteste Jungfrau.

In der Fosterkammer der Nürnberger Burg wurde bis vor kurzem eine historische „eiserne Jungfrau“ gezeigt, für deren Befestigung allerdings 50 Pfennig bezahlt werden mußten. Es handelt sich dabei um eine mit Eisenblech beschlagene Holzfigur einer Frau, die innen mit scharfen eisernen Stacheln besetzt ist und in der man durch Zusammenklappen irgendwelche Verbrecher vom Leben zum Tode befördert haben soll. — Während des Krieges wurde von unsern damaligen „Feinden“ diese Figur in ihrer Greuelpropaganda entsprechend ausgenutzt. Jetzt ist diese Figur durch den Tod ihres bisherigen Besitzers in das Eigentum der Stadt Nürnberg übergegangen. Dabei stellte sich heraus, daß diese historische Jungfrau erst eine recht kurze Historie hinter sich hat; denn die Jungfrau wurde erst 1867 von drei Nürnberger Handwerkern im Auftrage einer Antiquitätenhandlung hergestellt! Natürlich läßt man in Nürnberg weidlich über die gefälteste Jungfrau, soweit man sich nicht über die zur Befestigung ausgegebenen 50 Pfennig ärgert!

Von alten Apotheken.

Die ältesten deutschen Apotheken gab es in Münster, wo eine solche im Jahre 1267 erwähnt wird, und in Augsburg, wo man 1285 als Ursprungsjahr der ersten Apotheke annimmt. In Hildesheim bestand 1318 eine Apotheke, die vom Domkapitel eingerichtet war, und die sich in der Kreuzstraße befand. Sie wurde bereits 1365 an die Stadt verkauft und dorthin verlegt, wo sich heute noch die Ratsapotheke befindet. Auch in vielen anderen deutschen Städten dürften die ersten Apotheken um diese Zeit entstanden sein. — Da die meisten Arzneimittel fertig aus Italien bezogen wurden, oblag es den Apothekern vielfach nur, diese Mittel zu vertreiben und solche aus einheimischen Gewächsen herzustellen. Die ausgebildeten alten Apotheken aus dieser Zeit gleichen eher Krämerläden, die sie ja wohl auch meist daneben waren, als dem, was wir heute unter einer Apotheke verstehen. Hlw.

Bluter

Zu den merkwürdigsten unter den vererbaren Krankheiten gehört die sogenannte Bluterkrankheit oder Hämophilie. Während sie in Nord- und Mitteldeutschland nur in vereinzelten Fällen bekannt ist, finden sich in Süddeutschland, namentlich in den Berggebieten, oftmals Bluter. Das Wesen dieser eigenartigen Krankheit besteht in der Neigung zu unstillbaren Blutungen, die entweder nach leichten Verletzungen, manchmal sogar nach winzigen Nadelstichen, auftreten oder auch ohne jeden äußeren Anlaß beginnen. Namentlich die letzte Form — durch Nalens, Magen- und Darmbluten gekennzeichnet — ist schwer durch Behandlung zu beeinflussen und meist unheilbar. Besonders eingehende Studien, die man der Hämophilie widmete, führten zu dem Ergebnis, daß diese eigenartigen Erscheinungen auf krankhaften Veränderungen der Blutgerinnung beruhen. Es ist ja bekannt, daß bei gesunden Menschen, die sich verletzen, Wundblutungen nach kürzerer oder längerer Zeit zum Stillstand kommen. Nach Anlegen eines leichten Druckverbandes an der nötigen Stelle gerinnt das aus der Wunde hervorquellende Blut zu einer klebrigen, gallertartigen Masse, und die Blutung ist damit beendet. Der weiterhin sich bildende Wundschorf wird zur schützenden Decke, unter der die Verletzung heilen und vernarben kann. Anders verlaufen die Vorgänge bei den Blutern. Schon die winzigste Verletzung genügt, einen unstillbaren Fluß nicht gerinnenden Blutes hervorzurufen, der ohne ärztlichen Eingriff langsam zur Verblutung und damit zum Tode führen kann. Diesen Kranken ist äußerlich sonst nicht das geringste anzumerken und ihr Leiden wird erst offenbar, wenn sie blutend in die Kliniken oder zum Arzt kommen. Das Abnorme ihres Blutes besteht darin, daß in seiner Beschaffenheit wichtige Stoffe fehlen, welche bei einer Verletzung oder bei Blutungen, die ohne äußere Veranlassung auftreten, die notwendige Gerinnung anregen oder erzeugen.

Die Hämophilie tritt schon in den ersten Wochen nach der Geburt auf. Leichte Stöße könnten sogar innerliche Blutergüsse hervorrufen und zu langem Krankenlager führen.

Merkwürdiger noch als das Wesen der Hämophilie ist es, daß sie ausgesprochen vererbaren Charakter verrät. Meist sind es männliche Mitglieder einer Familie, die an der Bluterkrankheit leiden und zugrunde gehen, während die weiblichen selbst nicht davon betroffen werden, wohl aber die Krankheit weiter vererben. Daraus erschließen sich ernsthafte Probleme, die auch schon dichterisch verwertet worden sind. Weil Töchter solcher Bluterfamilien dazu veranlagt sind, die von ihren Eltern erworbene Krankheitsanlage weiterzuvererben, sollte ihnen die Ehe verboten sein. Denn wenn sie selbst auch scheinbar ganz gesund sind, so kommen durch sie doch wieder Kinder zur Welt, von denen die einen vielleicht an ihrem Leiden zugrunde gehen, die anderen es aber wieder auf ihre Söhne vererben.

Solche Bluterfamilien sind vereinzelt bekannt, und ihr Stammbaum ist viele Generationen hindurch geprüft und aufgezeichnet worden. Der am besten zu verfolgende Stammbaum ist der einer Bluterfamilie M. Hier stammen aus erster Ehe sechs Kinder, darunter vier Söhne und zwei Töchter; von den vier Söhnen waren drei Bluter, von den Töchtern keine. Aus den Ehen der weiblichen Reihe gingen neun und zwölf Kinder hervor; unter acht Mädchen dieser Nachkommenschaft war kein Bluter, von den dreizehn Jungen litten alle an Hämophilie.

Erst in der nächsten Geschlechterfolge werden die männlichen Glieder übersprungen, und nur einen davon trifft die vererbte Anlage.

Töchtern aus bekannten Bluterfamilien dürfte nicht gestattet werden, zu heiraten. Für die Behandlung der Hämophilie sind aber auch Mittel gefunden worden, die das Blut zum Gerinnen bringen. So wurden durch Einspritzung mit Gelatine und Kalziumgelatine oder von Peptonlösung manche Erfolge erzielt. Das Wichtigste bei der Behandlung solcher Kranker ist es jedenfalls, daß sie schnell in die richtigen Hände kommen; nur dann besteht für dieses eigenartige Leiden die Aussicht auf Hilfe. Dr. F. Hermann.

Henry Ford und das Lohnproblem

Im Paul-Bischoff-Verlag in Leipzig erschien soeben von Henry Ford „Und trotz dem vorwärts!“ (Preis gebunden 6 Mark, gebunden 10 Mark), in dem der amerikanische Industrielle die Erfahrungen, die in seinen Fabriken gesammelt wurden, ausführlich behandelt. Ein besonderes Kapitel ist dem Problem der Löhne und Preise gewidmet. Wir geben aus diesen außerordentlich interessanten Darlegungen einige Abschnitte wieder. Wer eingehender über die Stellung Fords zu dem genannten Problem unterrichtet sein will, sei auf sein neues Buch verwiesen.

Wenn Maschinen einen Wert für den Menschen haben sollen, müssen sie mehr leisten, als nur Waren herstellen. Sie müssen ein schöneres und reicheres Leben schaffen und den Menschen von den Verhältnissen der guten, alten Zeit erlösen, als er noch vom Morgengrauen bis in die Nacht arbeiten mußte, um sich einen kärglichen Lebensunterhalt zu verdienen.

Löhne haben durch Aufrechterhaltung des Verbrauchs eine umfassende soziale Wirkung. Der Verbrauch hält die Industrie aufrecht und die Industrie sorgt für Arbeit. Ist das Lohnglied in der Kette schwach, dann bricht die Kette, und die ganze Maschine kommt zum Stillstand.

Nach unserer Ueberzeugung ist die Regulierung der Löhne entsprechend den Lebenskosten nur ein Mittel, eine Art Sklaverei zu schaffen. Diese Methode ist von Grund auf unlogisch, denn der Maßstab, mit dem man sie mißt, wird dabei in Abhängigkeit gesetzt zu den zu messenden Dingen, d. h. der Lebensstandard wird in erster Linie durch die Löhne bestimmt; diesen Lebensstandard wiederum zum Maßstab des Lohnes zu machen, den man zu zahlen geneigt ist, heißt einfach einen neuen circulus vitiosus erfinden.

Arbeit und hohe Löhne sind untrennbar miteinander verknüpft, daß ein Konzern, der an eine größere Anzahl Arbeiter niedrige Löhne zahlt, eine öffentliche Gefahr, ein positives Hindernis für wirtschaftlichen Fortschritt ist.

Es ist einfach Zeit- und Geldverschwendung, eine kunstvoll eingerichtete Fabrik zu errichten und dann zu glauben, daß man sie mit schlecht bezahlten Arbeitern führen könne.

Die Löhne der Arbeiter sind für das Land wichtiger als die an die Aktionäre zur Ausschüttung gelangenden Dividenden.

Die einzig wirksame Politik ist jene, die auf höhere Löhne und niedrigere Gestehungskosten drängt; in dieser Hinsicht haben wir noch einen weiten Weg vor uns, denn alles in unserm Lande ist viel zu hoch bewertet, mit Ausnahme der Löhne.

Löhne gehören zu den Produktionskosten, aber daraus folgt nicht, daß man lediglich durch Bezahlung geringer Löhne eine Verbilligung der Gestehungskosten erreichen kann. Niedrige Gestehungskosten erzielt man nur durch kluge Verwendung von Kraft und Maschinen und durch Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zwischen den verschiedenen Faktoren des Geschäftes.

Ein Arbeitgeber hat nur dann das Recht, von einem Mann zu verlangen, daß er intelligente Arbeit leistet, wenn er ihn für die aufgewandte Intelligenz bezahlt. Gute Arbeit muß entsprechend entlohnt werden. Hlw.